

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition
Berlin S. 69, Urbanstr. 68 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
bro vierbaltige Beilage 60 Pf.,
Stellengesuche 40 Pf., für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf., Verjam-
lungsanzeigen 20 Pf. Privat-
angelegen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 19.

Berlin, den 6. Mai 1911.

27. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen!
Wir müssen
Mit Fleiß agitieren,

Tausende und Abertausende von Berufsangehörigen stehen unserem Buchbinder-Verbande noch fern. Um alle diese unserer Organisation noch zuzuführen, ist eine durchgreifende und umfassende Agitationsarbeit dringend notwendig! noch in viel weitere Kreise eindringen, als dies bis jetzt geschehen ist. Stehe keiner zurück, sondern beteilige sich ein jeder an der Aufklärungsarbeit, die uns noch viele Tausende von Mitgliedern bringt, wenn wir mit Ernst an unsere Aufgabe herantreten! mit jäher Ausdauer festgehalten an diesem unserem Bestreben, das wird uns den Erfolg bringen, den der Zeiten Ernst notwendig macht. Niemand bringt uns die Erfolge und Fortschritte. Wir selbst sind es, die in unermüdlicher, unverzagter Arbeit diese erringen müssen!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um für den Jahresbericht pro 1910 die Auflage dem Bedarf entsprechend bestellen zu können, ersuchen wir die Gau- und Zahlstellenverwaltungen, baldmöglichst festzustellen, wieviel Exemplare des Jahresberichts sie für ihren Ort benötigen. Alle Mitglieder, die in dem Besitz des Jahresberichts zu kommen wünschen, wollen denselben umgehend bei den Gau- und Zahlstellenverwaltungen bestellen. Die Verwaltungen ersuchen wir, ihren Bedarf spätestens bis zum 15. Mai hier anzugeben.

Zum Carlfablauf.

Die gemeinsame Sitzung von Vertretern des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer und Vertretern unseres Verbandes ist am Dienstag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr, im Buchgewerbehause in Leipzig zusammengetreten. Den Beratungen liegt außer der von unseren Vertretern eingereichten Tarifvorlage auch ein vom Vorstand des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer eingereichter Entwurf der Allgemeinen Bestimmungen des Tarifs zugrunde, der natürlich von den Forderungen der Gehilfenvertreter wesentlich abweicht.

Am ersten Verhandlungstag wurde über die Arbeitszeit und über die Minimalstundenlöhne der Gehilfen verhandelt, wobei von den Prinzipalvertretern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 52½ Stunden pro Woche zugestanden wurde.

Die Minimallöhne der Gehilfen sollen am 1. Juli dieses Jahres um 4 Pf. und am 1. Juli 1913 um weitere 2 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Beratung über die Minimalstundenlöhne der Arbeiterinnen wird am Mittwoch, den 3. Mai, fortgesetzt.

Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter.

Die kapitalistische Koalition macht immer größere Fortschritte. Systematisch arbeiten die Scharfmacher und ihre Angestellten, die Beamten der Unternehmerorganisationen darauf hin, die gewerkschaftliche Organisation und Tätigkeit der Arbeiter zu untergraben und zu unterbinden. Ausgegangen von einer gegenseitigen Unterstützung bei Streiks sind die Unternehmerverbände dazu übergegangen, die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit in den Kreis ihrer Aktionen zu ziehen, damit die kapitalistische Profitmacherei immer weniger gestört werde.

Um das Wachstum der Gewerkschaften zu hemmen, wurde die Zusammenfassung verlotterter und verkommener Elemente unternommen, um sie dem moralischen Einflusse der Gewerkschaften zu entziehen und außerdem die Selben zu allerhand verbrecherischen Anschlägen gegen die Gewerkschaften verwenden zu können. Das verabschiedungswürdigste Beispiel hat hierin das Unternehmertum in Moabit gegeben, wo es die von Verbrechernaturen angeführten Streikbrecher unter dem Schutze der Polizei gegen streikende Gewerkschaftler hegte.

Im Kampfe des Kapitalismus gegen die Arbeiter ist es überhaupt die scheußlichste Methode, die Ausgestoßenen und moralisch Vernichteten der bürgerlichen Gesellschaft als eine Knüppel- und Revolvergarde gegen die ehrlichen Arbeiter, die um eine bescheidene Besserung ihrer Lage ringen, zu heben und zu mißbrauchen. Die Geschichte wird einst den bestehenden Massen diesen raffinierten und entehrenden Mißbrauch ihrer Macht als die größte Schmach unserer Zeit anrechnen. Denn es sind die Ausgebuteften, die Verräuben, die von ihren Ausbeutern mit allen Mitteln gehindert werden, sich der Ausraubung ihrer Arbeitskraft, der Schädigung ihrer Lebenskraft zu entziehen. Und trotz dieser Zustände wagt dieselbe Gesellschaft vom bürgerlichen Staat als Kulturstaat zu prahlen! —

Dank dem politischen Aufstieg der Arbeiter, dank ihrem kulturellen Fortschritt vermögen sie diese Auswüchse des Kapitalismus zu paralysieren, wie ebenfalls der Verlauf der Moabiter Affäre bewiesen hat, aber es bleibt nichtsdestoweniger die größte Schmach für das Unternehmertum, daß es Verbrecherkompagnien gegen ehrliche Arbeiter wirbt und besoldet. Mit dem Vorrücken der Gewerkschaften wird übrigens dem Unternehmertum die Anwendung solcher verbrecherischer Praktiken immer mehr eingeschränkt, weshalb es auf andere Gewaltmaßregeln finnt und den Staat zum gesetzgeberischen Mißbrauch seiner Gewalt gegen die Arbeiter zu verleiten sucht.

Gerade weil der Anschlag in Moabit mißlungen ist, fordert der „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. In seinem Jahresbericht verkündet dieser Verein dreifach, daß er eine Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts gerichtet habe, in welcher gebeten wurde, daß in die Strafgesetzbüchlein oder in die Novelle der Strafprozeßordnung Bestimmungen aufgenommen werden sollen, durch welche

1. das Streikpostenstehen allgemein untersagt, 2. den Arbeitswilligen ausreichender Schutz durch Androhung hoher Strafen gewährleistet,

3. eine sofortige Aburteilung der Ergabenden herbeigeführt wird.

Diese Eingabe, heißt es, nebst Anlage wurde den übrigen in Frage kommenden deutschen und preussischen Regierungsstellen zugesandt.

Im Deutschen Reichstage hat bekanntlich das Unternehmertum durch seine Vertreter wie in der Presse weitere Einwirkungen auf regierende Kreise gemacht, so daß der Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg sich zu einer zusagehenden Bemerkung verstand. Wohl lehnte er die Vorlegung direkter Ausnahmegesetze ab, aber die ihm dringend nahegelegten Wünsche will er so berücksichtigen, wie es der Verein deutscher Arbeitgeberverbände in seiner Eingabe verlangt hat. Das heißt, daß man Ausnahmegesetzungen gegen die Arbeiter in das gemeine Recht hineinfließt. Wie weit das geschehen soll, wird sich zeigen, wenn die Justizgesetze im Reichstage weiter beraten werden.

Daß alle sozialpolitischen Gesetze, die angeblich zum Schutze der Arbeiter geschaffen sind, an dem Grundzuge der Ausbeutung der Arbeiter nichts ändern und den Kampf des Unternehmertums gegen die um ihr Recht, ihre Familie, ihre Gesundheit und ihr Leben kämpfenden Arbeiter nicht im mindesten hindern, das sei nur nebenher erwähnt, denn das zeigen ja all die Vorgänge der neuesten Zeit und die Tätigkeit der Unternehmerverbände ganz besonders.

Liegen sich die Arbeiter beizören, die Vertretung ihrer Interessen den christlichen Gewerkschaften oder anderen Organisationen anzuvertrauen, die allesamt gegen die freien Gewerkschaften gegründet und gerichtet sind, dann ginge es den Arbeitern noch schlechter, denn alles, was sie sich errungen haben, ist durch die freien Gewerkschaften errungen. Ist es auch nicht genug, was dem Unternehmertum abgetroht worden ist, muß in dieser Beziehung alles getan werden, um mehr zu erringen, so ist es doch das Wenige schon, das die Unternehmer zu all den traurigen Maßnahmen veranlaßt, die die auf Selbsthilfe hinauslaufende Tätigkeit der Arbeiter unterbinden soll. Aber gerade der Haß und der fieberhafte Kampf des Unternehmertums gegen die freien Gewerkschaften ist der beste Beweis, daß man in ihnen allein die tatkräftige Vertretung der Arbeiterinteressen sieht.

Müht daher der Jahresbericht des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände den Zusammenschluß des Unternehmertums, hält man ihn für eine wirksame Organisation zur Vertretung der Unternehmerinteressen, so muß das die Arbeiter anspornen, die für sie geschaffene Interessenvertretung,

die freien Gewerkschaften durch Zuführung aller Arbeiter zu einer in jeder Beziehung unüberwindlichen Gegenorganisation gegen das Unternehmertum zu machen. Auch unser Verband, der Deutsche Buchbinderverband, muß daran sein würdiges Teil haben, muß unauffällig vorwärts bringen, ungeachtet aller Schwierigkeit, aller Widerstände. Und wir wissen, daß, wenn jeder seine Schuldigkeit tut, es schneller vorwärts geht, als unseren Gegnern lieb ist. Im Kampfe um die Wohlfahrt der arbeitenden Menschheit unterscheiden sich unsere Organisationen von denen der Unternehmer wie der Tag von der Nacht. Drum muß unsere Lösung immer sein: Agitieren, organisieren!

Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1910.

I. Der deutsche Arbeitsmarkt im allgemeinen.

Lange Zeit herrschte große Meinungsverschiedenheit darüber, ob man das Jahr 1910 schon als ein Jahr des Aufschwungs bezeichnen könne. Die günstigen Momente würden vorübergehend durch Erscheinungen in den Hintergrund gedrängt, die die Gesamtlage verdüsterten und als Nachwirkungen des gewerblichen Niederganges bezeichnet werden mußten. Unbeachtet war im Jahre 1910 der wirtschaftliche Horizont noch keineswegs, aber das verhinderte nicht, daß die Faktoren, die auf einen neuen Aufschwung hindrängen, die Oberhand gewannen und dem Jahre 1910 sein Gepräge als dem ersten Jahr einer neuen Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges verliehen. Die Kurve des Andranges am Arbeitsmarkt spiegelt sehr deutlich die wesentliche Besserung des Wirtschaftsjahres 1910 wider. Wir stellen in den folgenden Ziffern den Andrang von 1900 ab und von 1907 ab einander gegenüber, um die Entwicklung für zwei gleichartige Perioden mit einander zu vergleichen. Und zwar geben wir hier nicht die Ziffern des Andranges nach der Berichterstattung des „Reichsarbeitsblatt“, sondern die entsprechenden Ziffern des „Arbeitsmarkt“, da für die Jahre vor 1904 die Berichterstattung des „Reichsarbeitsblatt“ nicht existierte. Die Andrangsziffern der beiden Quellen decken sich nämlich nicht, können sich auch nicht decken, da in der Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ die größeren Städte bei der Andrangsberechnung den Ausschlag geben. Immerhin zeigt die Bewegung von Jahr zu Jahr den Grad der Zu- und Abnahme sehr deutlich, wenn auch zum Teil vielleicht etwas schärfer als nach den Ziffern des „Reichsarbeitsblatt“. Es gestaltete sich der Andrang Arbeitsuchender auf je 100 offene Stellen bei den in der Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossenen Arbeitsnachweisen unter Berücksichtigung der nachträglich notwendig gewordenen Berichtigungen im Durchschnitt der Jahre:

1900	122,6	1907	117,9
1901	164,3	1908	159,6
1902	177,3	1909	149,1
1903	147,4	1910	182,7

Das proletarische Klassenbewußtsein im Spiegel der sozialen Dichtung.

Eine literaturgeschichtliche Studie von F. Lauffötter.

III.

Unter allen sozialen Dichtern aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ist wohl Ferdinand Freiligrath derjenige, der dem Elend des Volkes in herzergründendster Weise Ausdruck verliehen hat. Und wenn er vorwiegend das materielle Elend schildert, so erklärt sich dies aus dem erbärmlichen Zustand jener Zeit zur Genüge. Ein typisches Beispiel von der Verelendung eines ganzen Volkes durch eine an Zahl geringe Oberschicht bietet uns Irland, das grüne Erin, wohl das unglücklichste unter allen Ländern. Und darum erhebt der Dichter seine Stimme und verleiht dem Elend des irländischen Volkes eine Zunge:

In roß'ger Kette liegt* das Boot,
Das Segel träumt, das Ruder hungert,
Das macht, der Fischerhub ist tot,
Das macht, der Fischer ist verhungert.
Denn Irlands Fisch ist Herrenfisch,
Der Strandherr prahlt vom reichen Fange,
Leer aber bleibt des Fängers Fisch,
So starb der Fischer, so sein Mangel.

Und wie dem Fischer, so geht es auch dem Hirten:

Die Herde blüht, die Herde brüllt,
Welch ein Gedräng von Küh'n und Schafen!
Der Hirt, von Lumpen schlecht verhüllt,

Durch den Umstand, daß nicht jeden Monat die gleichen Arbeitsnachweise berichten, werden sehr häufig nachträgliche Korrekturen notwendig. So hat sich die vor einem Jahre für 1909 an dieser Stelle gegebene Andrangsziffer noch wesentlich verbessert, so daß der Abstand vom Jahre 1908 größer geworden ist, als er sich aus der damaligen vorläufigen Ziffer ergeben hatte. Ein Vergleich mit der entsprechenden Periode von 1900 ab ergibt, daß in der letztvergangenen Niedergangsperiode der Andrang nicht so hoch hinaufging wie damals und daß die Erholung früher eingeleitet hat und die Besserung raschere Fortschritte gemacht hat als in den Jahren 1902 und 1903. In den Jahren 1907 bis 1910 fand der Andrang im Durchschnitt des Jahres niedriger als in dem jeweilig entsprechenden Jahre der Periode 1900 bis 1903:

1907	1908	1909	1910
-4,7	-4,7	-28,2	-14,7

Relativ am günstigsten stellte sich das Verhältnis zu der früheren Periode im Jahre 1909: 1902 war noch eine kräftige Steigerung, 1909 aber schon eine Abnahme des Andranges gegenüber dem jeweiligen Vorjahre zu verzeichnen. Der Grad der Besserung gegen damals ist dann im Jahre 1910 merklich zurückgegangen, wenn auch absolut betrachtet der Andrang sich schon recht erfreulich gestaltet hat. Er wäre noch niedriger geworden, wenn nicht die Werftarbeiter- und noch mehr die Bauarbeiterausperrung den Arbeitsmarkt während der Dauer der Kämpfe recht empfindlich, und zwar in ungünstigem Sinne, beeinflusst hätten. Aber von dieser Beeinträchtigung abgesehen entwickelte sich die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes im Jahre 1910 durchaus befriedigend.

1. Die Mitgliederbewegung bei den Krankenkassen.

Die Krankenkassen berichten in der Weise an das „Reichsarbeitsblatt“, daß sie nicht nur für den ersten Tag des Berichtsmontats, sondern auch für den ersten des unmittelbar vorhergehenden Monats die Zahl der Mitglieder angeben. So ist also für den Vergleich der jedesmal berichtenden Klassen ein genauer Vergleich der Mitgliederbewegung zwischen zwei aufeinander folgenden Monaten möglich. Aber in den einzelnen Monaten berichten leider nicht immer gleich viel und dieselben Klassen. Nur dann wäre ein direkter Vergleich aller Monatszahlen möglich. Wenn auch die Schwankungen in der Zahl der an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Klassen nicht sehr groß sind, so ist es doch nicht möglich, ohne weiteres darüber hinwegzugehen, wenn nicht größere Fehler mit unterlaufen sollen. Es ist deshalb vorteilhaft, die fortlaufende Zahl der Beschäftigten bzw. der Krankenkassenmitglieder in der Weise zu ermitteln, daß man die Bewegung der Mitglieder z. B. für den Monat Januar aus den Ziffern entnimmt, die am 1. Februar unter Hinweis auf die für den 1. Januar veröffentlichten Ziffern der selben Klassen eingehen und nicht die am 1. Januar eingegangenen Zahlen mit den am 1. Februar eingehenden vergleicht. Die folgenden Tabellen sind aus diesem Grunde in der Weise ge-

ordnet, daß für jeden Monat die Zu- resp. Abnahme der Beschäftigtenziffer aus dem Mitgliederstande der gleichen Klassen entnommen wird, d. h. wir lesen bei der heutigen Art der Berichterstattung aus den Ziffern, die am 1. Februar eingehen und für die die Ziffern für den Vormonat an diesem Stichtage nochmals angegeben sind, die Bewegung im Monat Januar heraus. So erhalten wir folgende Zusammenstellung über die Zu- bzw. Abnahme der Mitglieder für die gleichen Klassen in jedem einzelnen Monat des Jahres:

1909.				
	männl.	weibl.	Zu- resp. Abnahme männl.	weibl.
1. Januar . .	3 116 604	1 495 288		
1. Januar . .			- 14 991	+ 1 031
1. Februar . .	3 101 613	1 496 319		
1. Februar . .	3 106 802	1 498 534	- 7 949	+ 11 898
1. März . . .	3 098 853	1 509 832		
1. März . . .	3 099 278	1 510 298	+ 93 504	+ 11 879
1. April . . .	3 192 782	1 521 677		
1. April . . .	3 195 700	1 521 420	+ 135 088	+ 24 773
1. Mai	3 330 738	1 546 193		
1. Mai	3 334 622	1 547 597	+ 42 020	+ 13 476
1. Juni	3 376 642	1 561 073		
1. Juni	3 377 304	1 563 027	+ 1 760	- 10 761
1. Juli	3 379 064	1 552 266		
1. Juli	3 387 834	1 552 257	+ 12 979	- 3 362
1. August . . .	3 400 813	1 548 895		
1. August . . .	3 400 502	1 548 673	+ 956	+ 6 766
1. September .	3 401 458	1 555 442		
1. September .	3 401 620	1 555 592	+ 10 676	+ 21 307
1. Oktober . .	3 412 296	1 576 869		
1. Oktober . .	3 410 499	1 575 366	+ 4 429	+ 29 377
1. November .	3 414 928	1 604 743		
1. November .	3 415 302	1 605 488	- 41 166	+ 12 689
1. Dezember .	3 374 136	1 618 177		
1. Dezember .	3 378 271	1 618 609	- 92 672	- 28 608
1. Januar . . .	3 285 599	1 590 006		

Die prozentuale Zu- und Abnahme in jedem Monat ist auf Grund der vorstehenden Tabelle im Jahre 1909 die folgende:

	Zu- resp. Abnahme in Prozent männlich	weiblich
im Monat Januar	- 0,5	+ 0,1
" " Februar	- 0,3	+ 0,8
" " März	+ 3,0	+ 0,7

Treibt sie ans Meer zum nächsten Hafen.
Denn Irlands Vieh ist Herrenvieh,
Das gern des Hirten Knochen stärkte
Und seiner Kinder brechend Knie —
Der Grundherr schickt's auf fremde Märkte.
Drum ist sein Viehstall ihm ein Born
Der Kleppigkeit und des Genußes
Und jeglich Kuh- und Bullenhorn
Wird ihm ein Horn des Neberflusses.
Er läßt zu London und Paris
Den Spieltisch unterm Gold sich biegen —
Sein Volk, das er zu Hause lieh,
Fällt unterdes wie Winterliegen.

Und wie dem Fischer und dem Hirten, so geht es auch dem Jäger und dem Wildhüter, die im Elend verkommen, und so geht es dem Bauern, dessen Frauen den verhungerten Säugling am Wegrande begraben, während die Grundherren den reichen Ertrag der Ernte verprassen. Dieser Klageruf schallt Tag und Nacht durch die Fluren des grünen Eilands:

Matt, wie ein angeschossner Weiß,
Geschwebt er über Höh'n und Sunde —
Der Schrei der Not, der Hungersehrei,
Der Sterbesehrei aus Erins Mundel!

Aber nicht nur das Elend des ländlichen Proletariats ergriff das Herz des Dichters, auch das industrielle Proletariat, das unter der Fuchtel des Kapitals seufzte, fand in ihm seinen Fürsprecher. Das Kapital hatte es fertig gebracht, die Arbeitszeit ganz ungeheuerlich zu verlängern und gleichzeitig die Löhne herabzudrücken; es kam vor, daß 12jährige Kinder mehr als 30 Stunden ununterbrochen in den Nordhöhlen der Fabriken zurückgehalten wurden und das Zubearbeiten war damals an der Tagesordnung, so daß selbst bürgerliche Zeitungen schrie-

ben: „Unsere weißen Sklaven werden in den Tod gearbeitet und sie sterben und verderben ohne Sang und Klang“. Dieses scheußliche Elend spiegelt sich wider in dem herzerregenden Gedichte „Das Lied vom Gembe“, das mit dem Herzblute des Dichters geschrieben ist:

Mit Fingern mager und müd,
Mit Augen schwer und rot,
In schlechten Lumpen sah ein Weiß
Nähend fürs liebe Brot.
Stich! Stich! Stich!
Luftschiff sie wirr und fremde,
In Hunger und Elend flehentlich
Sang sie das Lied vom Gembe.

Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Sobald der Haushahn wach,
Und Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Wis die Sterne glühn durchs Dach.
Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Wis das Hirn beginnt zu rollen.
Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Wis die Augen springen wollen.

Und so geht die Schilderung des namenlosen Elends weiter; man sieht deutlich, wie die Verzweiflung naht und ihre Fargarne nach der armen Proletarierin ausstreckt. Aber nicht allein die Klasse der Handarbeiter leuchtete unter dem Joch des Kapitalismus, auch die Feinstearbeiter, die Proletarier der Bildung, fühlten den Druck des Geldsacks. Das Kapitalproletariat hatte auch die Dichter und Denker, die Gelehrten und Erfinder, vor seinen Siegeswagen gespannt und preßte ihnen das Blut unter den Nägeln heraus. Wie wunderbar verleiht Freiligrath diesem Elend Worte:

im Monat	Zu- resp. Abnahme in Prozent	
	männlich	weiblich
April	+ 4,2	+ 1,6
Mai	+ 1,3	+ 0,9
Juni	+ 0,05	- 0,7
Juli	+ 0,4	- 0,2
August	+ 0,03	+ 0,4
September	+ 0,3	+ 1,4
Oktober	+ 0,1	+ 1,9
November	+ 1,2	+ 0,8
Dezember	- 2,7	- 1,8

In gleicher Weise berechnen wir für das Jahr 1910 die monatliche Veränderung der Krankentassenmitglieder- bzw. der Beschäftigtenzahl. Bei den jeweils gleichen Krankentassen betrug die Mitgliederzahl in den einzelnen Monaten, sowie die Zu- und Abnahme:

1910.

1910	Zu- resp. Abnahme	
	männl.	weibl.
1. Januar	3 287 125	1 591 675
Januar	- 1 838	+ 10 674
1. Februar	3 285 792	1 602 349
Februar	+ 36 122	+ 13 760
1. März	3 325 230	1 617 652
März	+ 79 071	+ 13 151
1. April	3 410 009	1 631 916
April	+ 25 450	+ 29 090
1. Mai	3 439 908	1 661 384
Mai	+ 10 457	+ 2 393
1. Juni	3 450 947	1 664 213
Juni	+ 45 430	- 7 946
1. Juli	3 502 698	1 657 424
Juli	+ 46 476	- 7 812
1. August	3 551 932	1 649 648
August	+ 1 558	+ 18 532
1. September	3 556 537	1 663 056
September	+ 26 562	+ 27 495
1. Oktober	3 585 501	1 689 743
Oktober	+ 10 851	+ 31 626
1. November	3 596 379	1 721 749
November	- 21 689	+ 14 583
1. Dezember	3 574 423	1 736 854
Dezember	- 108 918	- 83 550
1. Januar	3 469 073	1 706 294

Die Zu- und Abnahme in den einzelnen Monaten stellte sich 1910 prozentual wie folgt:

Wer den wuchtigen Hammer schwingt,
 Wer im Felde mäht die Wehren,
 Wer ins Mark der Erde dringt,
 Weib und Kinder zu ernähren,
 Wer stroman den Nachen zieht,
 Wer bei Woll und Berg und Flache
 Hintern Webestuhl sich müht,
 Daß sein blonder Zunge wachse!

Jedem Ehre, jedem Preis,
 Ehre jeder Hand voll Schwielen,
 Ehre jedem Tropfen Schweiß,
 Der in Gütten fällt und Mühlen!
 Ehre jeder nassen Stirn
 Hintern Pfluge! — Doch auch dessen,
 Der mit Schädel und mit Hirn
 Hungern pflügt, sei nicht vergessen!

Wo solches Glend über Geistes- und Handarbeiter verhängt ist, wo der Kampf um die nackte Existenz den Inhalt des Proletariats ausmacht, da darf es uns nicht wundern, daß der Sozialismus zunächst alle Hebel in Bewegung setzen mußte, um die materielle Not zu lindern. Denn diese Not ersticht alles Menschliche in uns:

Sie läßt nicht sterben und nicht leben,
 Sie streift des Lebens Mitte ab,
 Streift, was uns Liebliches gegeben,
 Von Herzen und Gemüte ab,

wie der Dichter Bodenstedt singt. Und darum richtete sich das Streben der Menschenfreunde auf das Materielle und der Sozialismus war eine reine Magenfrage. So sagte noch Seine den damaligen Sozialismus auf, wenn er in seinem Gedichte „Die Wanderratten“ mit einem erschreckenden Pessimismus die Herandrängenden Proletariats haufen mit hungrigen

im Monat	Zu- resp. Abnahme in Prozent	
	männlich	weiblich
Januar	- 0,04	+ 0,7
Februar	+ 1,1	+ 0,9
März	+ 2,4	+ 0,8
April	+ 0,7	+ 1,8
Mai	+ 0,3	+ 0,1
Juni	+ 1,3	- 0,5
Juli	+ 1,3	- 0,5
August	+ 0,04	+ 0,8
September	+ 0,7	+ 1,7
Oktober	+ 0,3	+ 1,9
November	- 0,6	+ 0,8
Dezember	- 3,0	- 1,9

Ziehen wir nun die Zahl der männlichen und der weiblichen Mitglieder zusammen und stellen erstens den Stand der Mitglieder am 1. des betreffenden Monats, zweitens die Zu- und Abnahme in dem Monat und drittens die prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Mitgliederzahl fest, so erhalten wir für das Jahr 1909 folgende Uebersicht:

	Zahl der Mitglieder am 1.	Zu- resp. Abnahme im Monat	Zu- resp. Abnahme im Mon. in Proz.
Januar	4 611 892	- 13 960	- 0,3
Februar	4 605 336	+ 3 449	+ 0,1
März	4 609 576	+ 104 888	+ 2,3
April	4 717 120	+ 159 811	+ 3,4
Mai	4 882 219	+ 55 496	+ 1,1
Juni	4 940 331	- 9 001	- 0,2
Juli	4 940 091	+ 9 617	+ 0,2
August	4 949 175	+ 7 725	+ 0,2
September	4 957 182	+ 31 983	+ 0,6
Oktober	4 985 865	+ 33 806	+ 0,7
November	5 020 790	- 28 477	- 0,6
Dezember	4 996 880	- 121 275	- 2,4

Im Jahre 1910 stellte sich die Bewegung wie folgt:

	Zahl der Mitglieder am 1.	Zu- resp. Abnahme im Monat	Zu- resp. Abnahme im Mon. in Proz.
Januar	4 878 800	+ 9 341	+ 0,2
Februar	4 893 050	+ 49 882	+ 1,0
März	4 949 708	+ 92 222	+ 1,9
April	5 046 753	+ 54 540	+ 1,1
Mai	5 102 310	+ 12 850	+ 0,2
Juni	5 122 638	+ 37 484	+ 0,7
Juli	5 162 916	+ 38 664	+ 0,7
August	5 204 503	+ 15 090	+ 0,3
September	5 221 187	+ 54 057	+ 1,0
Oktober	5 275 651	+ 42 477	+ 0,8
November	5 318 383	- 7 106	- 0,1
Dezember	5 316 930	- 141 563	- 2,7

Auf Grund des bisherigen Materials können wir nunmehr für die beiden Jahre 1909 und 1910 die Bewegung der Beschäftigtenzahl von Monat zu Monat durchzuführen in der Weise, daß wir den Stand vom 1. Januar gleich 100 setzen. Für sämtliche Beschäftigten erhalten wir dann die folgenden Indeziffern:

	1909	1910
Januar	99,7	100,2
Februar	99,8	101,2
März	102,1	103,1

gen Ratten vergleicht, die auf Raub ausziehen, um sich zu sättigen:

Der sinnlose Rattenhaufen
 Er will nur fressen und faulen,
 Er denkt nicht, während er säuft und frißt,
 Daß unsere Seele unsterblich ist.

Und darum sind diese Ratten auch unempfänglich für alles Höhere; sie wollen nur ihren Magen füllen und höhnisch lachen sie über alle Beschäftigungsversuche und Unterdrückungsmaßregeln:

Nicht Glockengeläute, nicht Pfaffengebete,
 Nicht hochwohlweise Senatsdekrete,
 Auch nicht Kanonen, viel Hundertpfünder,
 Sie helfen euch heute, ihr lieben Kinder.

Auch nicht philosophische Redekünste und Wortgefechte haben Einfluß auf diese Massen, die hungern und frieren, denn:

Im hungrigen Magen Eingang finden
 Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,
 Nur Argumente von Rinderbraten,
 Begleitet mit Göttinger Wurkgataten.

Und dann schließt der Dichter mit einer echt Heineschen Wendung:

Ein schweigender Stockfisch, in Butter gesotten,
 Behagelt den radikalen Votten
 Viel besser, als ein Mirabeau
 Und alle Redner seit Cicero.

Alle Redner vom großen Römer Cicero bis zum großen Franzosen Mirabeau bereiten den verelendeten Massen nicht so viel Genuß, wie ein Stockfisch, der kein Wort spricht, aber schön in Butter gesotten vor ihnen steht. Wirklich, drastischer kann der Sozialismus als Magenfrage wohl nicht charakterisiert werden.

	1909	1910
April	105,6	104,2
Mai	106,8	104,5
Juni	106,6	105,3
Juli	106,8	108,1
August	107,0	107,4
September	107,7	107,5
Oktober	108,4	108,4
November	107,8	108,3
Dezember	105,2	105,4

Es ergibt sich aus der Zusammenstellung, daß die höchste Steigerung der Beschäftigtenzahl in beiden Jahren mit 108,4 in den Oktober fiel. Im Jahre 1908 fiel die höchste Beschäftigtenzahl mit 103,9 in den Mai, im Jahre 1907 mit 107,4 in den Oktober und 1906 mit 107,9 in den November. Die Zunahmen der Beschäftigtenzahl waren im Jahre 1910 besonders im Sommer nicht so günstig wie 1909.

Für einen bestimmten Kreis von Beschäftigten läßt sich nunmehr auf Grund der bisherigen Zusammenstellungen die absolute Bewegung mit einiger Genauigkeit verfolgen. Gehen wir von der Beschäftigtenzahl aus, die sich am 1. Januar 1906 nach den Berichten der Krankentassen an das „Reichsarbeitsblatt“ ergibt, so können wir die Zu- und Abnahme auf Grund der von uns ermittelten prozentualen Zu- und Abgänge verfolgen und erhalten dann für die Bewegung der Beschäftigten folgende Uebersicht:

	1908	1909	1910
Januar	4 494 071	4 465 644	4 691 397
Februar	4 477 983	4 452 098	4 700 312
März	4 521 816	4 455 161	4 748 343
April	4 558 739	4 556 881	4 837 814
Mai	4 632 448	4 711 757	4 889 948
Juni	4 673 913	4 765 351	4 902 034
Juli	4 656 405	4 766 746	4 937 918
August	4 638 980	4 764 940	4 975 187
September	4 630 944	4 772 437	4 989 768
Oktober	4 645 066	4 802 988	5 041 370
November	4 659 585	4 835 451	5 081 836
Dezember	4 625 334	4 807 973	5 075 020
Januar 1911			4 938 412

In den einzelnen Monaten des Jahres waren mehr (+) resp. weniger (-) beschäftigt:

	Im Jahre 1909 gegen 1908	Im Jahre 1910 gegen 1909
Januar	- 28 427	+ 225 753
Februar	- 25 885	+ 248 214
März	- 66 655	+ 293 182
April	- 1 858	+ 280 933
Mai	+ 79 309	+ 178 191
Juni	+ 91 438	+ 136 733
Juli	+ 100 341	+ 181 172
August	+ 125 960	+ 210 247
September	+ 141 493	+ 217 331
Oktober	+ 157 922	+ 238 882
November	+ 175 866	+ 246 435
Dezember	+ 182 639	+ 267 047
Januar 1911		+ 247 015

Von Mai 1909 ab ist, nachdem vorher noch die Zahl der Beschäftigten dauernd abgenommen hatte, eine fortwährende absolute Steigerung der Beschäftigtenzahl zu konstatieren. Am höchsten war im Jahre 1909 die Zunahme im Dezember. Sie betrug in diesem Monat 182 639, nachdem sie vom Mai ab andauernd gestiegen war. Im Jahre 1910 waren nun ziemlich starke Schwankungen in der absoluten Zunahme zu bemerken. Am geringsten war die Steigerung der Beschäftigtenzahl in den Sommermonaten und insbesondere im Juni, in dem sie bis auf 136 733 zurückging. Die stärkste absolute Zunahme brachte der März mit 293 182. Auch die Wintermonate brachten noch kräftige Steigerungen. So wuchs die Zahl der Beschäftigten im November noch um 246 435 und im Dezember um 247 015. Verfolgt man die Bewegung der Beschäftigtenzahl nur bei den männlichen Beschäftigten, so ergibt sich das folgende Bild:

	1909	1910	Im Jahre 1910 waren mehr resp. weniger beschäftigt
Januar	3 031 469	3 171 451	+ 139 982
Februar	3 016 918	3 170 132	+ 153 264
März	3 009 074	3 205 054	+ 195 980
April	3 099 948	3 282 024	+ 182 076
Mai	3 231 076	3 306 475	+ 75 399
Juni	3 271 788	3 316 394	+ 44 606
Juli	3 273 489	3 359 839	+ 86 350
August	3 284 946	3 404 525	+ 119 579
September	3 285 931	3 406 227	+ 120 296
Oktober	3 296 117	3 431 637	+ 135 520
November	3 300 402	3 442 035	+ 141 633
Dezember	3 260 797	3 421 280	+ 160 483
Januar 1911		3 316 589	+ 145 138

Das ganze Jahr hindurch war in den einzelnen Monaten eine größere Zahl männlicher Beschäftigten in Arbeit als 1909, wenn auch besonders in den Sommermonaten die Vergrößerung der Beschäftigtenzahl nicht besonders groß war. Am stärksten war die Zunahme in den ersten Monaten des Berichtsjahres, während sie gegen Schluß des

Jahres nicht ganz so stark war. Für die Bewegung der Zahl der weiblichen Beschäftigten ergibt sich die folgende Uebersicht:

	1909	1910	1910 waren mehr beschäftigt
Januar . . .	1 434 175	1 519 946	+ 85 771
Februar . . .	1 435 180	1 503 130	+ 94 950
März . . .	1 446 087	1 543 289	+ 97 202
April . . .	1 456 933	1 555 790	+ 98 857
Mai . . .	1 480 681	1 583 473	+ 102 792
Juni . . .	1 493 563	1 585 690	+ 92 127
Juli . . .	1 488 257	1 578 079	+ 94 822
August . . .	1 479 994	1 570 662	+ 90 668
September . . .	1 486 506	1 583 541	+ 97 035
Oktober . . .	1 506 871	1 608 733	+ 102 862
November . . .	1 535 049	1 639 851	+ 104 802
Dezember . . .	1 547 176	1 665 740	+ 106 564
Januar 1911 . . .		1 621 823	+ 101 877

Bei der Zahl der weiblichen Beschäftigten zeigt sich die Lage günstiger als bei den männlichen Arbeitern, insofern die Zunahme der Zahl in den einzelnen Monaten gleichmäßiger war. Bis zum September war die Zunahme in jedem Monat fast die gleiche. Darnach jedoch kam eine Steigerung, die bis in den Dezember hinein anhält.

Die Bewegung der Beschäftigtenziffer im Jahre 1910 ist mithin in den einzelnen Monaten nicht unbefriedigend gewesen. Aus der Bewegung der Beschäftigtenziffer ist zu schließen, daß sich auch allgemein im Jahresdurchschnitt eine Besserung ergeben hat. Wenn wir nun versuchen, die Beschäftigtenziffer im Jahresdurchschnitt festzustellen, so erhalten wir für die Jahre 1906 bis 1910 die folgende Uebersicht. Die Zahl der gewerblichen Beschäftigten betrug für den Kreis der von unserer Berechnung erfaßten Arbeiterschaft im Mittel der Jahre:

Jahr	Zunahme gegenüber dem Vorjahr
1906	4 435 256
1907	4 592 223
1908	4 601 274
1909	4 678 952
1910	4 905 921

Die Zunahme der Beschäftigtenziffer ist im Berichtsjahre wieder bedeutend stärker gewesen als 1907. Im Jahre 1909 war die Zunahme noch weit hinter der von 1907 zurückgeblieben, wenn auch gegen Ende des Jahres 1909 die Lage besser war als Ende 1907.

Bericht vom Goutag des Gaues 15

am 16. und 17. April in Neutlingen.

Gaut Beschlus des Goutages im Jahre 1909, die nächste Tagung ins Zentrum des Gaues zu verlegen, bestimmte der Gauvorstand die Zahlstelle Neutlingen als Tagungsort, und die Tatsache, daß die Anstellung eines besoldeten Gauleiters in aller nächster Zeit erfolgt, veranlaßte den Gauvorstand, den Goutag für Ostern einzuberufen, um dem Gewählten Gelegenheit zu geben, Einblick in die Verhältnisse des Gaues zu nehmen. Die Umstände haben dies leider vereitelt, doch war eine Verlegung des Goutages nicht mehr möglich.

Der Gesangverein „Frohinn“, Neutlingen, begrüßte den Goutag in einem stimmungsvollen Liebesvortrag, worauf Gauvorsitzender Schröder namens des Gauvorstandes den 5. Goutag eröffnete und Kollege Eisele-Neutlingen die Delegierten namens der Zahlstelle begrüßte. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 28 Delegierten, die 10 Zahlstellen vertraten.

Vom Gauvorstand waren erschienen: Schröder, Büttner, Frey-Stuttgart, ferner waren erschienen Funk-Klingen, Schmidt-Freiburg, Maier-Göppingen, Kleinfnecht, Glödel, Diem-Heilbronn, Sulz-Karlruhe, Bogula-Konstanz, Höcher, Rauer-Lahr, Mann, Dietrich, Kölmel, Argast, Rothfelder-Pforzheim, Schäfer-Neutlingen, Gemmingen, Lange, Wehner, Dreßwald, Dürr, Bengig, Jenner, Frau Wölpert-Stuttgart und als Vertreter der Einzelmitglieder Dehler-Dos i. W.

Das Bureau bestand aus den Kollegen Schröder und Mann als Vorsitzende, Dreßwald und Bengig als Schriftführer, sowie Schäfer-Neutlingen als Führer der Rednerliste. Die Tagesordnung setzte sich aus folgenden Punkten zusammen:

1. Geschäftsberichte: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers.
2. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Instruktiver Vortrag des Genossen A. Schlicke, 1. Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
3. Agitation im Gau 15. Referent Kollege F. Frey.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Im Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, hagierte Schröder das Werden und Gedeihen unseres Verbandes und gab einen kurzen Ueberblick über die

früheren Goutage und die Agitation im Gau. Die Mitgliederzahl im Gau beträgt 2480, die sich auf 10 Zahlstellen verteilen. Aus dem eigentlichen Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der in Jahr 1909 beschlossene Gauarbeitsnachweis nicht das Resultat ergab, das von ihm erwartet wurde, da die Handhabung und Durchführung so schwerfällig ist. Einem weiteren Beschluß, dahingehend, daß an Orten, an denen Lärise bestehen, an die Beschöden Eingaben zu richten seien, um staatliche und städtische Arbeiten nur solchen Firmen zuzulassen, die tarif-treu sind, wurde nur von Stuttgart mit dem Erfolg stattgegeben, daß von den staatlichen Behörden in abschlägigem Sinne geantwortet wurde, während die Stadt sich entgegenkommender zeigte. Von anderen Orten ist dem Gauvorstand kein diesbezüglicher Bericht zugegangen. Auch über die Konkurrenz der Gefängnisarbeit befaßte sich eine Protestversammlung in Stuttgart und verlangte die Zurücknahme eines Schreibens der Zuchthausverwaltung Ludwigsburg an die Stuttgarter Prinzipale um Zuweisung von Arbeit. Ein gemeinsames Vorkelligwerden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beim Justizminister wurde von der ersten Korporation abgelehnt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sich jedoch bei der nächsten Statbeatzung der Angelegenheit annehmen. — Auf dem Verbandstag in Erfurt wurde dem Antrag auf Anstellung eines Gauleiters mit dem Sitz in Lahr stattgegeben, was für die zukünftige Weiterentwicklung des Gaues gewiß von Vorteil sein wird. — Das Resultat der statistischen Erhebungen im Gau entspricht leider nicht dem, was von ihnen erwartet wurde. — Ueber die Mitgliederbewegung in den einzelnen Zahlstellen ist zu berichten, daß sich einige sehr gut entwickelt haben, z. B. vermehrte sich Heilbronn um 100 Proz., während die anderen in ihrem Wachstum stabil geblieben sind. Die 77 Einzelmitglieder verteilen sich auf zirka 30 Orte und macht sich auch hier ein starker Mitgliederwechsel bemerkbar; immerhin bezeichnet der Gau eine ansehnliche Mitgliederzunahme. Die Zahl der uns noch Fernstehenden läßt noch ein großes Tätigkeitsfeld offen, das mit allen Kräften bearbeitet werden muß. — An Lohnbewegungen fanden drei statt, die von Erfolg waren. Für das laufende Jahr stehen 4 weitere in Aussicht, von denen hoffentlich mit Erfolg berichtet werden kann. Außerdem leitete Schröder im Auftrag des Verbandsvorstandes die Lohnbewegung in Straßburg, Gau 14.

In der Diskussion wird eine Besprechung der einzelnen Zahlstellenberichte abgelehnt, da der Vorsitzende in seinem Bericht genügend Auskunft gab. Kleinfnecht, Glödel und Diem-Heilbronn kritisieren das Verhalten Freys anlässlich der Maßregelungen in einem Heilbronner Betrieb. Bei einigermaßen energischem Vorgehen und Vorkelligwerden bei der betreffenden Firma wäre ein Erfolg zu verzeichnen gewesen und ein Mitgliederbüßgang vermieden worden. Auch über den 1908 mit den zwei Geschäftsbüchereifabriken abgeschlossenen Tarif wurde lebhaft Klage geführt. Von Frey wird erwidert, daß nach Lage der Dinge in Heilbronn nicht viel zu holen gewesen sei und der Tarif sei bereits auf dem Lahrer Goutag besprochen worden. Dietrich-Pforzheim redet einem selbständigeren Arbeiten der Zahlstellenfunktionäre das Wort, damit nicht immer der Gauvorstand vorgeschoben werden müsse. Schwere Kämpfe stehen noch Pforzheim bevor, da laut Beschluß der Fabrikantenvereinigung am Plaze keine Tarife zustande kommen sollen. — Von Reskamationen interner Natur abgesehen, finden Geschäfts- und Massenbericht auf Antrag einstimmige Annahme.

Den 2. Punkt der Tagesordnung bildete der instruktive Vortrag des Genossen Schlicke-Stuttgart über „Unternehmer- und Arbeiterorganisationen“. Der Gauvorstand hatte eine glückliche Wahl sowohl in dem Referenten als in dem Thema getroffen. Redner betonte zunächst den föderalistischen Charakter der Unternehmer- und den zentralistischen der Arbeiterorganisationen, der freien Gewerkschaften. Die letzteren erstreben eine höhere Kultur unter dem ungebildeten, ausgebeuteten Proletariat an, was ihnen eine immer unzerstörbare Kraft verleiht, die ersteren haben nur das Ideal, diese Arbeiterorganisationen zu unterdrücken. Nur in diesem Punkt sind sie anscheinend einig. Der Referent wies aber an einer Reihe interessanter Beispiele nach, daß auch hierin die Unternehmer keine große Solidarität bindet. Der Terrorismus ist die einzige Kette, welche diese Organisationen zusammenhält. Den „Herr-im-Hause“-Standpunkt, weswegen schon so viele Kämpfe geführt wurden, haben die organisierten Unternehmer ganz und gar aufgegeben müssen. Heute herrscht in den großen Betrieben der Wille der Industriellenverbände, die dem einzelnen Arbeitgeber befehlen, ob er arbeiten lassen darf und was für Arbeiter arbeiten dürfen, ganz egal, ob tüchtige oder entbehrliche Arbeiter oder ob gute und schlechte Konjunktur in Frage kommen. Dem Streik der Unternehmer waren die Arbeiterorganisationen bisher gewachsen, ja es kann behauptet werden, daß der Streik der Unternehmer

auch für diese eine zweischneidige Waffe geworden ist und es ist erwiesen, daß einzelne Großfirmen ihre Verbände direkt hintergehen, um bei Ausparierungen noch Geschäfte für sich zu machen.

Auch die Organisierung der Unorganisierten, die Gründung der gelben Arbeiterverbände, kann die Mißerfolge der Unternehmerverbände nicht aufhalten, weil gerade darin ihre Nutzlosigkeit am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Das eine steht fest, daß die Unternehmer in absehbarer Zeit zu einem Verzweiflungskampf drängen werden. Um in diesem Sieger bleiben zu können, müssen die Arbeiterorganisationen aus ihren erlittenen Niederlagen lernen, ihre Mitglieder zu selbständigen Charakteren bilden und ihre Organisationen nach innen und außen ausbauen. Ueber den inneren Ausbau der Organisationen führte der Referent eine Anzahl wichtiger Momente an, die hoffentlich von allen Delegierten beherzigt werden. Starker Beifall wurde dem Referenten zuteil. — Um 1/8 Uhr vertagte sich die Versammlung.

Am Montag, den 17. April, erhielt zum dritten Punkt der Tagesordnung Kollege Frey-Stuttgart das Wort. Er führte in seinem einstündigen Referat über „Die Agitation im Gau 15“ zunächst die seitherigen Erfolge zahlenmäßig vor. Daraus ging hervor, daß mit den gleichen Methoden in verschiedenen Orten ganz ungleiche Erfolge erzielt wurden. Ein Beweis, daß man nie schablonenmäßig agitieren kann und auch keine festen Methoden aufstellen soll. In erster Linie liegt es an den Personen, welche unsere Ideen propagieren, ob sie den nötigen Eindruck erwecken. Die Agitation vor Mund zu Mund in den Werkstätten hält er noch für die erfolgreichste. Wenn die Kollegen und Kolleginnen auch kollegial untereinander verkehren, Mißgunst und Zanf aus ihren Reihen bannen, dann wird die Agitation immer Erfolge haben. Redner bespricht dann die Organisationsverhältnisse im Gau 15 und zeigte, daß noch zirka 3—4000 Berufsangehörige uns fernstehen. Diese zu gewinnen muß unsere nächste Aufgabe sein.

Die einschneidende Diskussion bewies, daß auch dieses Referat von großem Nutzen war. Fast von allen Zahlstellen wurde über den von den Arbeitgebern geübten Terrorismus an den tätigen Verbandsmitgliedern geklagt. Besonders die Lahrer Delegierten schilderten mit ergreifenden Worten die Zustände in Lahr, wo das Hungererhythem große Blüten treibt. Von Heilbronn wurde ein Fall von Grenzverletzung seitens des Fabrikarbeiterverbandes zur Sprache gebracht. Die Agitationsmethoden der Christlichen erweckten heitere Momente.

Es folgte die Beratung über Punkt 4: „Anträge“. Ein Antrag Lahr, der die Lohnbewegungen im Gau 15 gemeinsam und einheitlich regeln wollte, wurde aus praktischen Gründen abgelehnt. Schröder stellt jedoch fest, daß, wenn die Voraussetzungen vorhanden sind, es nicht ausgeschlossen ist, daß einheitliche Tarifverhältnisse für engere Industriegebiete angestrebt werden sollen.

Von Stuttgart liegt folgende Resolution vor: „Von der Tatsache ausgehend, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen, im besonderen aber unter der gegenwärtigen Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe nur Erfolge erringen kann, wenn sie in großen Verbänden dem isolierten Unternehmertum gegenübersteht, und in der Erwägung, daß von letzterem im Verein mit der Regierung eine Zerspaltung und Schwächung der modernen Arbeiterbewegung mit allen Mitteln versucht wird, beauftragt der Goutag die Gauleitung, in allen Zahlstellen des Gaues um eine intensive Agitation zur Gewinnung und Aufklärung der in immer stärkerem Maße zu unserem Berufe kommenden Kolleginnen besorgt zu sein. Desgleichen aber auch die Durchbildung und damit die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer einigen freigewerkschaftlichen Bewegung bei unseren Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern im Berufe in erweiterterem Maße zu vermitteln. Unsere Kolleginnen sind auf die proletarische Frauenbewegung aufmerksam zu machen, und unsere junge Generation ist den bestehenden Jugendorganisationen und den Veranstaltungen der Jugendauschüsse zuzuführen.“

Schröder-Stuttgart weist auf eine gleichartige Resolution des Erfurter Verbandstages hin und spricht für Annahme. Frau Eger-Neutlingen, die als Gast dem Goutag beiwohnt, plädiert speziell für den Schlußsatz der Resolution, da die proletarische Frauenbewegung noch sehr viel zu wünschen übrig lasse. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Ein Antrag Pforzheim erucht den Goutag um teilweise Zurückzahlung bezahlter Gaubeiträge. Der Konsequenzen halber mußte jedoch die Ablehnung des Antrages erfolgen.

Bogula-Konstanz beantragt, daß alle Zahlstellen des Gaues 15 bis 1. Juli mit den Arbeitgebern an sämtliche Behörden Eingaben richten, dahingehend, bei Vergebung von Arbeiten nur tarif-treue Firmen zu berücksichtigen. — Die Diskussion ergab die Schwierigkeit der strikten Durchführung, weshalb auch der Antrag in der Abstimmung fiel. Dagegen wurde der Antrag des Gauvorstandes, den vom Lahrer Goutag gefaßten Beschluß:

„Alle Zahlstellen, welche Tarife abgeschlossen haben, sind verpflichtet, bei den Arbeitgeberern dahingehend zu wirken, daß jeweils an alle staatlichen und städtischen Behörden gemeinsame Eingaben einzureichen sind, in denen mit Nachdruck darauf hingewirkt wird, daß die Arbeiten dieser Behörden nur an solche Prinzipale zu vergeben sind, welche den Tarif unterschrieben haben und auch tatsächlich einhalten.“

Unter Punkt „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende eine Reihe Bekanntmachungen. Der Ort des nächsten Gautages wurde auf Antrag Dürr-Stuttgart dem Gauvorstand zur Bestimmung überlassen. Gaukassierer Bittner gab bekannt, daß die Gaukasse jeder Zahlstelle 4 Mk. für jeden Delegierten vergütet.

Eine lebhafteste Aussprache ergab die Anfrage des Kollegen Bogula-Konstanz: Warum der Verbandsvorstand so lange Zeit mit der Wahl des Gauleiters bräuhet und weshalb nicht gleich bei der ersten Wahl ein Mann in Frage gekommen ist, der auch unsere Verhältnisse in Süddeutschland kennt. Er habe erfahren, daß Kollege Schröder sich auch bemorben habe und könne nicht begreifen, daß Schröder hintenangesetzt wird. Bogula hält auch den Sitz des Gauleiters in Jahr für ungeeignet. Es wird ihm aber durch seine eigene Begründung von allen Rednern das Gegenteil bewiesen. Auch die Lehrer Delegierten schlossen sich den ersten Ausführungen Bogulas an. Darauf gibt Dürr-Stuttgart die Gründe bekannt, weshalb Schröder nicht im ersten Wahlgang gewählt wurde. Als von verschiedenen Seiten die Abgabe einer Erklärung des Gautages an den Verbandsvorstand verlangt wurde, gelangte folgende Willensäußerung zur einstimmigen Annahme:

„Der am 15. und 16. April tagende Gautag des Gau 15 erklärt zu der Frage des anzustellenden Bezirksleiters, daß nach seiner Auffassung der seitiger Gauvorstand Oskar Schröder die geeignete Person hierzu sei, und daß er dieser Funktion würdig und fähig ist. Der Gesundheitszustand Schröders ist zurzeit ein solch günstiger, daß er kein Grund sein kann, den Kollegen Schröder von der Liste der Bewerber zu streichen.“

Nach einem kernigen Schlußwort Schröders wurde der Gautag mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband geschlossen. B. Drehwald. C. Dening.

Aus unserem Beruf.

Lohnbewegung der Presser in der Berliner Lugschpapierindustrie und den Pressergolbeanstalten.

Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, hatte bereits am 27. Februar eine Branchenversammlung der Presser und Pressereiarbeiterinnen beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Nun fand am Donnerstag, den 27. April, in den „Fürstensälen“, Köpenicker Straße, eine neue Versammlung statt, in der die feinerzeit gewählte Tarifkommission den inzwischen nochmals durchgesehenen Tarifentwurf vorlegte, der in einzelnen Punkten abgeändert und mehr dem Tarifentwurf der Buchbinderbranche angepaßt worden ist. Wie bei den Buchbindern, so wird auch hier die 5 1/2stündige Arbeitszeit verlangt in der Form, daß Sonnabends und an den Tagen vor den hohen Festen nur sechs Stunden gearbeitet wird, an den übrigen Tagen neun Stunden. Der Anfangslohn für Presser soll 65 Pf. die Stunde betragen, und der Stundenlohn für Affordarbeiter, wenn sie zeitweise im Lohn arbeiten, 75 Pf. Einrichter an den Lith- und Farbendruckpressen sollen für Bedienung von bis zu drei Maschinen mindestens 36 Mk. pro Woche erhalten. Für die Arbeiterinnen an den verschiedenen Pressen wird für die ersten drei Monate der Beschäftigung in der Branche 15 Mk. und von da ab 18 Mk. Wochenlohn verlangt; für die übrigen Arbeiterinnen teils 16 Mk., teils 15 Mk., und für ungeübte Arbeiterinnen in den ersten sechs Wochen mindestens 13 Mk. Wochenlohn. Affordarbeiterinnen sollen, wenn sie zeitweise im Lohn arbeiten, 42 Pf. Stundenlohn erhalten. Arbeiterinnen unter 16 Jahren sollen nicht beschäftigt werden. Heimarbeit soll verboten sein. Für Ueberzeitarbeit sind im allgemeinen dieselben Bestimmungen vorgesehen wie im Buchbindertarif. Ebenfalls wird für die Postkartenpresserinnen ein Affordtarif in Vorschlag gebracht. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis soll eine Schlichtungskommission gebildet werden.

Nachdem Max Kempte als Vertreter der Tarifkommission über die Forderungen berichtet hatte, folgte eine rege Diskussion, die erkennen ließ, daß man mit der Arbeit der Kommission einverstanden war, und verschiedene Anregungen zur weiteren Durchführung der Bewegung bot. Es wird sich demnächst noch eine öffentliche Versammlung weiter mit der Lohnbewegung befassen.

Anfertigung von Buchbinderarbeiten durch Postbeamte während der Dienststunden.

Wie der „Magdeburger Generalanzeiger“ berichtet, hatte der Handwerkermeister- und Gewerbeverein in Budau in seiner Aprilversammlung sich mit folgender Anfrage zu beschäftigen, die sich im Fragekasten befand: „Ist es den Mitgliedern bekannt, daß der Postdirektor des Postamts Budau während der Dienststunden den Beamten gestattet, Tischler- und Buchbinderarbeiten auszuführen, für welche sie besonders bezahlt werden, trotzdem sie ihre Gehälter weiter beziehen, während ihre dienstlichen Arbeiten durch andere Kollegen mit erledigt werden müssen?“ Der Vorstand wurde beauftragt, Ermittlungen darüber anzustellen.

Die Lehrzeit im Kölner Buchbinderhandwerk. Die Handwerkskammer in Köln a. Rh. hat nach einem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ einen Antrag angenommen, nach welchem im Stadtbezirk Köln für die Buchbinder eine vierjährige Lehrzeit einzuführen ist.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

- Deutschland: Eisenberg (Etnisarbeiter); Oesterreich: Graz (Buchbinder und Arbeiterinnen); Dimuk (die Firma Kullil); Teschen-Bodenbach (die Firma F. W. Stopp); Wernsdorf (die Firma Dpih). Schweiz: Zürich (die Firmen Paul Carpentiers Söhne, Geschäftsbücherfabrik; G. Wolfensberger und G. Brieger u. C., Kartonnagenfabrik).

Zugung ist fernzuhalten:

Von Hofgeismar, Firma Käseberg. Dort sind Differenzen ausgebrochen, weil die Firma Affordarbeit einführen wollte mit einer Bezahlung von 25 Proz. unter dem Leipziger Tarifpreis.

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach dem Gau 13, Posen und Langensalza, bei den Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Gau 13. Ein halbes Jahr ist nun seit Anfang unserer Lohnbewegung verstrichen und scheint dieselbe jetzt ihrem Ende entgegenzugehen. Wie wir in Nr. 2 der „Buchbinder-Zeitung“ schon mitteilten, hatten die Innungen von Heidelberg und der Pfalz Unterhandlungen zugefagt. Am 8. Februar fand eine Verhandlung mit der Innung in Heidelberg statt, die jedoch den Erfolg nicht zeitigte, welchen wir erwarteten. Im Laufe der Sitzung legte uns die Innung nachstehenden Tarifentwurf vor, mit der Erklärung, weiter nicht gehen zu dürfen.

Lohnstarif.

1. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen 9 Stunden ohne Pausen.

2. Minimalwochenlohn.

Der Minimalwochenlohn beträgt: a) für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 17 Mk., und wird den örtlichen Verhältnissen entsprechend aufgebessert; b) für Hilfsarbeiter 8 Mk., und wird den örtlichen Verhältnissen anpassend aufgebessert; c) für Arbeiterinnen 6 Mk., und wird den örtlichen Verhältnissen anpassend aufgebessert.

3. Feiertage.

Gesellige und vom Geschäft angeordnete Feiertage werden bezahlt, sobald der Arbeitnehmer länger als 4 Wochen im Betriebe tätig ist.

4. Ueberstunden.

Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Für zu leistende Ueberarbeit werden 25 Proz. mehr gezahlt. Wenn mehr als 2 Ueberstunden gemacht werden, wird 1/4 Stunde Pause gewährt.

Dieser Tarif wird auf 5 Jahre abgeschlossen. Der einzige Punkt, welcher den Kollegen einen Fortschritt brachte, ist die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 und 11 Stunden auf 9 1/2 Stunden. Auf friedlichem Wege bessere Positionen durchzuführen, ist nach Lage der Verhältnisse zurzeit nicht gut möglich. Daß jedoch nur wegen der Verkürzung der Arbeitszeit ein solcher Tarif auf 5 Jahre fest-

gelegt werden sollte, war für uns nicht annehmbar. Wir haben deshalb an die Innung des Ersuchen gestellt, die 9 1/2stündige Arbeitszeit ohne Tarif einzuführen. Diefem hat auch die Innung zugestimmt.

Mit der Verhandlung der pfälzischen Innung, welche am 26. März in Kaiserslautern stattfand, hatten wir etwas besseren Erfolg. Dieselbe hat unter der Leitung des Vorsitzenden der pfälzischen Handwerkskammer, Herrn U. Heil, getagt, welcher nach jeder Richtung hin unparteiisch seines Amtes waldete. Nach dreistündiger Verhandlung kam es zu folgender Einigung:

Arbeitsvertrag.

Unter dem Vorsteher des Herrn U. Heil, Handwerkskammervorsitzender in Kaiserslautern, wird zwischen der Innung selbständiger Buchbindermeister der Pfalz, Sitz in Kaiserslautern, vertreten durch den Innungsvorstand und für diesen handelnd durch die Vorstandsmitglieder bezw. Innungsamtmitglieder: Christian Glafey, Kaiserslautern, Karl Faulhaber, Neustadt a. S., Franz Ruff, Kirchheimbolanden, Jakob Gotthold, Kaiserslautern, Franz Bösch jr., Kaiserslautern, und dem Deutschen Buchbinderverband, Gau 13, vertreten durch: Philipp Armburst, Mannheim, August Roscheda, Kaiserslautern, Philipp Röder, Kaiserslautern, und Otto Schmitt, Kaiserslautern, heute folgender Arbeitsvertrag abgeschlossen:

1. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich ohne Pausen, an Tagen vor Sonn- und Feiertagen neun Stunden.

2. Minimalwochenlohn.

Für leistungsfähige Arbeiter wird folgender Tarif vereinbart: Für Gehilfen im beigefügten Jahre der Berufstätigkeit: im 1. Gehilfenjahr 17 Mk. pro Woche, im 2. Gehilfenjahr 18 Mk. pro Woche, vom 4. Gehilfenjahr ab 20 Mk. pro Woche, vom 6. Gehilfenjahr ab 23 Mk. pro Woche, vom 8. Gehilfenjahr ab 24 Mk. pro Woche.

3. Ueber den Minimallohn Entlohnung.

Alle die bei Einführung des Tarifs bereits zu den Minimalhöhen und darüber entlohnt werden, erhalten 5 Proz. Zulage.

4. Feiertage.

Alle vom Geschäft angeordneten Feiertage werden vom Arbeitgeber bezahlt.

5. Ueberstunden und entschädigungen.

Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Für zu leistende Ueberarbeit gelten folgende Zuschläge: Für Ueberstunden an Wochentagen 25 Proz., für Sonntagsarbeit 100 Proz.

Pausen für Ueberstunden werden in den beiden ersten Stunden eine Viertelstunde, von da ab eine halbe Stunde gewährt, welche bezahlt werden.

Vorstehende Sätze sind Minimalhöhen und sind deshalb für geübteres Personal entsprechend höhere Löhne zu vereinbaren.

Dieser Tarif hat Gültigkeit bis 1. Oktober 1913 und läuft ein Jahr weiter, wenn er am 1. Juli 1913 nicht gekündigt wird. Dies gilt auch für die folgenden Jahre.

Die Unterzeichneten erkennen den Arbeitsvertrag durch Unterschrift vorbehaltlich der Genehmigung durch die beiden Korporationen bezw. Verbände als verbindlich an und tritt nach derselben dieser am 1. Juli 1911 in Kraft.

Kaiserslautern, den 26. März 1911.

U. Heil, Vorsitzender.

Chr. Glafey, Carl Faulhaber, Jakob Gotthold.

Franz Bösch, F. Ruff.

Ph. Armburst, Aug. Roscheda, Phil. Röder.

Otto Schmitt.

Wenn auch an diesem Tarif noch manche Mängel sind, so haben wir demselben doch unsere Zustimmung gegeben, weil damit wenigstens einmal der Anfang für ein Tarifverhältnis geschaffen wird. Ausgenommen von diesem Tarif sind die Orte Grünstadt, Kandell und Kirchheimbolanden, da dort nur Großbetriebe in Frage kommen. In diesen Großbetrieben Tarife abzuschließen, bleibt einer späteren Zeit vorbehalten. Es ist zu erwarten, daß auch die demnächst stattfindende Versammlung der Innung ihre Zustimmung zu diesem Tarif gibt, denn es liegt uns im Interesse der Arbeitgeber, ein gesundes Arbeitsverhältnis zu schaffen, welches jedoch nur in Form von Tarifabschlüssen Platz greifen kann. In den übrigen Orten des Gau 13 werden wir nun an Hand dieses Tarifs versuchen, soweit es uns möglich ist, mit Erfolg zu operieren.

Abschließen.

Am 8. April wurde in unserer anfangs dieses Monats gegründeten Zahlstelle eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in welcher Bezirksleiter, Kollege Hornacker über „Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften“ referierte. Der Redner schilderte die Entwicklung vom Anfang der Arbeiter bis zur Entstehung der Kleinhandwerker. Anschließend beleuchtete er die Großbetriebe, in welchen der Kleinhandwerker Zuflucht nehmen mußte, um

feinen Erwerb zu haben. Da aber der Verdienst den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, so wird auch die Frau genötigt, im Fabrikbetriebe oder durch Heimarbeit mit einzugreifen, um sich vor größerem Elend zu schützen. Was aber dabei für Folgen eintreten, die sich dann auf die heranwachsenden Generationen übertragen, das beweisen die jährlichen statistischen Krankheits- und Sterbeziffern. Die Ausführenden des Redners entsprachen voll den hiesigen Verhältnissen, da derartige Zustände genügend am Plage zu finden sind. Wie die Ausbeutung der Arbeiter seitens der Unternehmer erfolgt, beweist, daß Familienväter mit einem Wochenlohn von 12—18 Mark abgespeist werden! Auch läßt die Bezahlung des weiblichen Personals viel zu wünschen übrig. Wenn eine eingetragte intelligente Arbeiterin über den Durchschnittslohn hinauskommt, dann wird durch Zurückhaltung der Akkorde der wirklich verdiente Lohn zu kurz kommen. Um derartige Mißstände in den Fabrikbetrieben zu bekämpfen, ist es Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, der Organisation anzugehören und Agitation für dieselbe zu treiben, auf daß die bisherige Mitgliederzahl von 120 auf doppelte in dem ersten Jahr erhöht wird. Bisher ist der Organisation viel zu wenig Wert beigemessen worden, denn es ist noch ein großer Teil hier selbst nicht organisiert. Hoffentlich gelingt es, auch künftig Erfolge zu verzeichnen.

Wiesbaden. Die hiesige Zahlstelle hielt am 22. April ihre Generalversammlung ab, in der der 1. Vorsitzende, Kollege Geißler, seinen Geschäftsbericht erstattete, dem wir folgendes entnehmen: Im verfloffenen Quartal haben 4 Versammlungen, 3 Werkstudenbesprechungen, 5 Vorstandssitzungen und 2 Arbeiterinnenversammlungen stattgefunden. Vorträge wurden in 2 Versammlungen gehalten. Der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Der Mitgliederbestand ist 134 männliche und 38 weibliche. Ausgeschlossen wurde auf Antrag der hiesigen Zahlstelle eine Kollegin. Der Kassenbericht, den Kollege Welp gab, zeigte folgende Bilanz: Einnahme für die Verbandskasse 1109 Mk. Ausgabe 328,50 Mk. Lokalfasse: Einnahme 880,77 Mk., Ausgabe 272,48 Mk. Bestand 608,29 Mk. An Krankengeld wurden aus der Lokalfasse für 38 Wochen 146 Mk. vorausgabt. Wir möchten an dieser Stelle die betreffenden Mitglieder dringend bitten, endlich einmal mit dem Restieren der Beiträge aufzuhören.

Zum Revisorunterstützungs-Ausgaber wurde Welp gewählt. Geißler erinnert sodann noch an den gemeinsamen mit den anderen graphischen Organisationen Mitte Mai stattfindenden Vortrag des Genossen Graf-Werlin und erludt um zahlreiche Beteiligung. Sittlichkeitsfahrt findet wie alljährlich ein Morgenausflug statt und erludt wir um gute Beteiligung. Es ist leider die Tatsache zu konstatieren, daß es einem Teil der Mitglieder scheinbar so gut geht, daß sie sich überhaupt um nichts mehr kümmern. Aber doch sind Mißstände in fast allen Betrieben vorhanden. Worin diese bestehen, wissen die Kollegen wohl selber, und sollte es die vornehmste Pflicht aller sein, diese zu beseitigen. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß z. B. die Firma Eilers jun. bei einem Personal von 41 Gehilfen 21 (!) Beurlaubte beschäftigt. Auch in der Kartonnagenindustrie ist noch vieles zu wünschen übrig. Ein Tarif existiert noch in keinem Betriebe. Teilweise ist sogar noch die 66 2/3 stündige Arbeitszeit üblich. Wir ersuchen daher die Mitglieder dringend, einmal mit ihrer Lässigkeit aufzuhören, die letzten Wochen haben es doch zur Genüge gezeigt, daß wir die Augen offen halten müssen.

Berlin. C t u i s b r a n c h e. In einer Branchenversammlung der C t u i s b r a n c h e -Arbeiterinnen, welche am 27. April im „Luisenstädtischen Klubhaus“ stattfand, referierte Genosse C t ö r m e r über: „Der Vater Staat und seine Kinder“. Unter dem Beifall der Anwesenden erledigte er diese Aufgabe in drei Viertelstündiger Rede. Der Branchenvertretermann Kulikowski gedachte des Ablebens des Kollegen Paul Simon und ehrten die Anwesenden das Andenken an denselben in der üblichen Weise. Weiter wurde bekanntgegeben, daß sich die in der Versammlung vom 19. Januar gewählte Tarifkommission konstituiert hat. Als Obmann fungiert Kulikowski, als Schriftführer Reichert, diese und Engelmann sind Mitglieder der Schlichtungskommission, Fiebig und Wendt Stellvertreter. Kollege Nobi ist Vertreter der Branche in der Ortsverwaltung. Weiter kommt Kulikowski auf die Antwort zurück, die Rudolf Hoffmann gegen die vorjährige Kommission geschleudert hat, daß die Korrespondenz derselben mit dem Zentralvorstand dunkle Punkte enthalte. Die neue Kommission hat nun das gesamte Material geprüft, und erklärte Kulikowski im Namen aller Mitglieder, daß alles einwandfrei befunden sei. R. Hoffmann, der nun durch das Hineingehen der vorjährigen Verbandstagswahlen eine neue Diszussion anstrebt, fand dafür in der Versammlung keine Gegenliebe. Weiter wurde ein Antrag angenommen, einen gemeinschaftlichen Besuch der Wohlfahrtsausstellung zu veranstalten, da uns dann sach-

männische Führung zuteil werde. Ferner wurde beschlossen, von der C t u i s b r a n c h e den Kollegen Kulikowski in der Generalversammlung als Gautagsdelegierten vorzuschlagen.

Berlin. Zu dem in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ bereits mitgeteilten schmerzlichen Unfall an einer Winerbapresse, dem der Kollege Knießstädt zum Opfer fiel, tragen wir noch nach, daß dieser Unfall im Betriebe der Firma Stella-Verlag, Alte Jakobstraße 12, passiert ist.

Hannover. Am Freitag, den 21. April, fand im Saale des Gewerkschaftshauses unsere vierteljährliche Generalversammlung statt, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Goppert erstattete den Geschäftsbericht. Es ist aus demselben zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl wiederum gesunken ist. Betrag die Mitgliederzahl am Schlusse des vorigen Quartals noch 505 Männliche und 595 Weibliche, so ist am Schlusse des verfloffenen Quartals die Zahl der Männlichen auf 459 und die Zahl der Weiblichen auf 474 zurückgegangen. Es fanden statt 1 General- und 1 Mitgliederbergsammlung. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 6 Sitzungen. Goppert erwähnte die Anwesenheit, alle nach Kräften dafür zu sorgen, daß der Mitgliederbestand in der jetzigen Höhe nicht nur erhalten bleibt, sondern daß er bald wieder die Höhe erreicht, wie wir sie am Schlusse des letzten Jahres hatten. Wenn auch durch unseren Streik und den Abschluß desselben nicht jeder befriedigt sei, so könne man doch sagen, daß wir immerhin einen Schritt vorwärts getan haben. Ein Grund, die Platte ins Korn zu werfen, liege nicht vor. Wenn wir uns den Kampf der Buchdrucker vor 19 Jahren betrachten, welche nach 16wöchigem Kampfe die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen mußten, so sei unser Wunsch doch immer noch ein günstiger zu nennen. Ferner ersuchte er, die Extrasteuer freudig zu zahlen, da unsere Lokalfasse der Sanierung bedürfe. Der Kassenbericht hat für die Verbandskasse eine Einnahme von 6299,50 Mk., vom vorigen Quartal am Ort geblieben 8853,25 Mk., zusammen 15152,75 Mk. aufzuweisen. Die Ausgabe betrug 5524,45 Mk. Am Ort verbleiben 7819,52 Mk. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von 1986,62 Mk. und eine Ausgabe von 2293,04 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Dedargé erteilt. Kornader gab den Bericht des Arbeitsnachweises. Es waren am Anfange des letzten Quartals 73 männliche und 89 weibliche Arbeitslose vorhanden, welche zusammen 2636 Arbeitslosentage aufzuweisen hatten. Angemeldet wurden 32 Stellen für Männliche und 8 Stellen für Weibliche. Befehlt konnten werden 28 Stellen für männliche und 6 für weibliche Mitglieder. Kornader ersucht am Schlusse seines Berichts die Anwesenden, jede Vakanz im Bureau zu melden, da es nur dadurch möglich sei, unzerem Arbeitsnachweis Geltung zu verschaffen. Herzog gab den Bericht des Gewerkschaftskartells. Aus demselben ist zu entnehmen, daß das Kartell eine Beitragserhöhung von 60 auf 88 Pf. pro Jahr und Mitglied beschlossen hat. Die Erhöhung hat sich nötig gemacht einestheils durch die Einrichtung der Zentralbibliothek, anderenteils aber durch den Ausbau der Jugendorganisation. Hierzu erfolgte die Neuwahl des Gauvorstandes. Die Kollegen Kornader und Sorge wurden wiedergewählt, Kollege Reineke neu in den Gauvorstand gewählt. Goppert stellte den Antrag, die über Hannover verhängte Sperre aufzuheben. Er begründete den Antrag damit, daß die Sperre von den Verbandsmitgliedern wohl beachtet werde; es seien aber in letzter Zeit viele Unorganisierte zugereist, welche die Mahregel nicht beachten. Ferner sei festzustellen, daß nur noch 2 gemahregelte männliche und 2 weibliche Mitglieder vorhanden sind. Der Antrag wurde angenommen.

Wochum. Im letzten Monat haben unsere ehrbaren Meister es für sehr wichtig gefunden, hier selbst eine Buchbinder-Zwangsunion zu gründen. Wie es nun so Sitte ist, befindet sich im Statut derselben auch der schöne Paragraph, das gute Einbernehmen zwischen Meister und Gehilfen zu fördern. Das ist ja sehr lobenswert. Wenn die Herren aber meinen, das gute Einbernehmen dadurch zu fördern, daß sie den für die Zahlstelle Wochum gewiß beschämend niedrigen Minimallohn von 22,50 Mk. noch heruntersetzen wollen, wie einer der Herren geäußert haben soll, dann sieht das „gute Einbernehmen“ doch recht sonderbar aus. Wertwürdig, wenn die Herren unter sich sind, da Klagen sie über schlechte Geschäfte und teure Zeiten, und da wollen sie dem Uebel abhelfen und den Gehilfen von dem armeneligen Lohn noch ein paar Groschen herunterdrücken. Als wenn die Gehilfen unter den teuren Zeiten nicht noch weit mehr zu leiden hätten. Nein, ihr Herren, mit solchen Mitteln kann ein Handwerksmeister seine Lage nie und nimmer verbessern. Viel besser würde es sein, wenn sie sich bei Submissionen nicht gegenseitig den Rang ablaufen würden durch niedrige — allgumdrige Angebote. Wenn ein Prinzipal einer Behörde etwas spenden will, dann ist das seine Sache. Er

kann aber nicht verlangen, daß sein Gehilfe auch umsonst arbeiten soll.

Im übrigen sind wir in unserer Zahlstelle im letzten Jahre gut vorangekommen. Konnten wir doch unsere Mitgliederzahl bis auf 32 erhöhen. Es ist hier ein treuer Stamm vorhanden, der schon längst eingesehen hat, daß die Arbeitnehmer nur durch eine kräftige Organisation ihre Lage verbessern können.

Frankfurt a. M. Das abgelaufene 1. Quartal galt der Einführung des im November vorigen Jahres abgeschlossenen Tarifes. Diese vollzog sich im allgemeinen gut, doch sind noch einige Firmen vorhanden, die eine tarifliche Bezahlung, besonders der Arbeiterinnen, nicht vornehmen wollen, weil sie, wie es scheint, einer „falschen Auffassung“ der entsprechenden Bestimmungen sind. Diese „falsche Auffassung“ zu beseitigen, sind wir bestrebt. Sollte sich dies in Kürze nicht erreichen lassen, werden wir die Firmen der Öffentlichkeit bekanntgeben. Bei der Bewegung erzielten 104 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 31 1/2 Stunden pro Woche (gleich 3 Stunden pro Person und Woche) und 158 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 244,50 Mk., ferner bessere Bezahlung der Ueberstunden und für 40 Personen Feiertagsbezahlung. Die Mitglieder werden ersucht, alle eventuelle untertarifliche Bezahlung sofort zur Kenntnis zu bringen. Im 1. Quartal fanden statt: 1 Generalversammlung und 4 Mitgliederbergsammlungen, in einer wurde ein Lichtbildvortrag über „Venedig“ gehalten; ferner 5 Vorstandssitzungen und 4 Sitzungen der Tarifkommission, 1 Vertrauensmännerprüfung, 4 Werkstudenbergsammlungen, 1 Sitzung mit der „Freien Vereinigung“ und 2 Verhandlungen mit Arbeitgebern. An gefelligen Veranstaltungen ist das Winterfest zu nennen, welches sehr gut verlief. Der Mitgliederbestand betrug am Quartalschlusse 302 (gegen 305 im 4. Quartal 1910). Laut Arbeitsnachweisbericht meldeten sich im 1. Quartal 90 Mitglieder, davon am Ort 47 männliche und 11 weibliche und als auf der Reise 32 männliche. Stellen wurden gemeldet 53, davon 6 weibliche und 13 nach auswärts. Befehlt wurden 42, davon 6 weibliche und 11 nach auswärts. Zu wünschen ist, daß sich die Kolleginnen bei Arbeitslosigkeit stets melden. Als Generalversammlungsvertreter (zu was? Die Red.) sind in Vorschlag gebracht die Kollegen Engelmann, Hirsch, Junhof und Weß (Ersatzmann: Krämer).

An der Gemeinderatswahl müssen sich alle unsere wahlberechtigten Kollegen beteiligen. Außerdem müssen unsere Mitgliederbergsammlungen besser besucht werden, an Bildungsstoff und interessanten Tagesordnungen wird es der Vorstand nicht fehlen lassen.

Leipzig. In einem großen hiesigen Betriebe verunglückte einer unserer Kollegen auf recht eigenartige Weise. Er schnitt sich nämlich beim Kaputeln von Büchern derart in die — Zunge, daß ihm diese mit mehreren Stücken wieder zusammengeknüpft werden mußte. Da uns unser Freund in seinem bedauernswerten Zustande noch keine einigermaßen verständliche Auskunft geben konnte, sind wir leider nicht in der Lage, melden zu können, auf welche Art das sicher einzigartige Malheur passieren konnte. Ein Glück nur, daß die Zunge unseres Kollegen nicht zu den spätesten zählt, in welchem Falle sicher ein erheblicher Teil derselben vollständig flüßiggegangen wäre.

Dresden. Zentral-Krankenkasse. In der am 22. April im Kassenlokal abgehaltenen Hauptversammlung wurde nach Erlebigung der Quartalsberichte unsere Stellung zur Leipziger Generalversammlung besprochen. Allseitig anerkannt wurde, daß nach Lage des Reichversicherungsunterwerfs gegenwärtig von Statutenänderungen abzusehen sei. Anderer Meinung war man aber hinsichtlich des Schreibens der Leipziger Ortsverwaltung, von der Delegation aus unseren Reichen abzusehen und nur Leipziger Mitglieder mit Mandaten zu betrauen. Von „Sparbarkeit“ kann dabei keine Rede sein, denn wollte man sparen, so hätte man, wie bisher immer üblich, die Generalversammlung Sonntags beginnen können. Dann sparte man die Arbeitszeitvergütung und die Leipziger hätten die ganze Angelegenheit in wenig Stunden erledigt. So, wie es jetzt arrangiert ist, ist es doch gleichgültig, ob die Leipziger oder auswärtige Delegierte die Arbeitszeitempfindung erhalten. Billiger machen es die Leipziger doch auch nicht. Wir sind daher der Meinung, daß, mit Ausnahme der ganz entfernten liegenden Verwaltungenstellen, von dem statutengemäßen Recht der eigenen Delegation Gebrauch gemacht wird. Bei der letzten Generalversammlung in Frankfurt lagen doch die Verhältnisse genau so wie jetzt. Warum sind da die Leipziger nicht mit gutem Beispiel vorangegangen, sondern sind mit ihrer vollen Zahl Delegierten nach Frankfurt gefahren? Ob die Generalversammlung in Leipzig oder anderswo stattfindet, kann doch keinen Grund für eine Mandatsübertragung abgeben! Man darf nicht vergessen, daß es sich hier nicht um eine

außerordentliche Generalversammlung handelt, in der einige belanglose Statutenänderungen genehmigt werden sollen, sondern alle statutenmäßigen Obliegenheiten müssen erledigt werden und alles Sonstige, was von den Delegierten beantragt wird. Sparen kann man, indem man den ganz überflüssigen Rechtsanwalt zu Hause läßt, und solange die vierteljährliche Extrajeuere erhoben wird, ist doch übertriebenes Sparen auch gar nicht nötig! Wir empfehlen daher nochmals: lasse sich niemand einen Delegierten vorschreiben, sonst wird das ganze „freie Wahlrecht“ zur Komödie.

Rundschau.

Invaliden- und Unfallrente können beide zusammen bezogen werden. Häufig kommt es vor, daß Unfallrentenempfänger durch andere Leiden, die nicht auf den Unfall zurückgeführt werden können, vollständig erwerbsunfähig werden. Sind sie aber nicht mehr infand, mindestens ein Drittel dessen zu verdienen, was andere Personen mit der gleichen Ausbildung und am gleichen Orte zu verdienen pflegen, so haben sie auch Anspruch auf Zahlung der Invalidenrente. Jedoch mit der Einschränkung, daß ihnen die Invalidenrente nur dann und soweit ausbezahlt wird, als die Unfallrente unter Hinzurechnung der Invalidenrente den 7/8fachen Grundbetrag der letzteren nicht übersteigt. Der Grundbetrag der Invalidenrente berechnet sich nach den geleisteten Beiträgen usw., variiert also bei jedem Versicherten. Hat nun jemand auf Grund dieser Gesetzesbestimmung nur einen Teil seiner ihm sonst zustehenden Invalidenrente mit der Unfallrente ausbezahlt bekommen, von der Genossenschaft wird ihm jedoch die Unfallrente im Laufe der Zeit gekürzt, so hat er von diesem Tage an auf einen höheren Teil — bis zur vollen — Invalidenrente Anspruch, sofern beide wiederum den 7/8fachen Grundbetrag nicht übersteigen. Andererseits kommt aber auch die bisher gewährte Invalidenrente ganz zum Ruhen, wenn in den Unfallfällen eine solche Verschlimmerung eintritt, daß eine Unfallrente in Höhe des vorgenannten 7/8fachen Grundbetrages dadurch bedingt wird.

Von der „sozialdemokratischen“ Verwaltung der Ortskrankenkassen. In diesem Augenblick, wo sich die Verleumdungen ansicht, den letzten Ansturm gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Ortskrankenkassen mit ihrem Scheitern über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Kassen zu sekundieren, wäre es angebracht, einmal eingehend zu untersuchen, wie sich die Ortskrankenkassen unter sozialdemokratischer Mitarbeit entwickelt haben. Die amtliche Statistik ist allerdings so mangelhaft, daß sie kein annähernd zutreffendes Bild gibt; es läßt sich nur an einigen Beispielen zeigen, wie sich die Kassen trotz der großen Zersplitterung und trotz der einer Erweiterung der Leistungen sehr hinderlichen gesetzlichen Bestimmungen seit 1885 geradezu glänzend entwickelt haben.

Das Gesetz unterscheidet bekanntlich Pflichten, welche die Kassen unter allen Umständen einhalten müssen, und Mehrleistungen, die die Kassen freiwillig gewähren können. An dem Umfang der Mehrleistungen könnte man die Vorteile der Selbstverwaltung der Krankenkassen ermessen. Leider versagt aber gerade hier die amtliche Statistik gänzlich. Nur einige nebenfällige Dinge können festgestellt werden.

Soweit zunächst das Krankengeld in Betracht kommt, stieg bei allen Kassen der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsbetrag von 5,58 Mk. im Jahre 1885 auf 10,74 Mk. im Jahre 1909. An dieser Zunahme sind die Ortskrankenkassen, die weit mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen umfassen, am hervorragendsten beteiligt. Das Krankenversicherungsgesetz schreibt vor, daß das Krankengeld vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an gewährt werden soll. Es ist indes den Kassen freigestellt, diese Wartzeit abzukürzen. Im Jahre 1909 hatten 1605 Ortskrankenkassen, das ist mehr als der dritte Teil aller Ortskassen, die Wartzeit ganz oder zum Teil beseitigt. 749 Ortskrankenkassen bezahlten das Krankengeld auch Sonntags.

Die Krankheitskosten bei sämtlichen Kassen stiegen von 47 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 305 Millionen Mark im Jahre 1909. Bei den Ortskrankenkassen allein stiegen diese Aufwendungen von 14 auf 157 Millionen Mark oder etwa um das Fünffache, bei den Betriebskrankenkassen von 17 auf 98 Millionen Mark oder etwa um das Fünffache, bei den Gemeindekrankenversicherungen von 4 auf 21 Millionen Mark oder ebenfalls nur um das Fünffache.

Unter den Gemeindekrankenversicherungen, die bekanntlich überhaupt keine Selbstverwaltung haben, war

im Jahre 1909 keine einzige, die ihre Krankenunterstützung über die Dauer von 26 Wochen hinaus ausdehnte hatte. Von den Zünftungskrankenkassen, bei denen die Arbeiter ebenfalls nichts zu sagen haben, gewährten nur 15 eine über 26 Wochen hinausgehende Unterstützung. Unter den Ortskrankenkassen gab es 53, die über 26 bis 39 Wochen; 50, die über 39 bis 52 Wochen und 1, die über 52 Wochen Unterstützung gewährten.

Von 1888 bis 1909 stieg die Zahl der Kassen, die mehr als die Hälfte, und zwar bis zu zwei Dritteln des Lohnes als Krankengeld gewähren, von 705 auf 2070 oder um 193,6 Proz. und der mehr als zwei Drittel gewährenden Kassen von 265 auf 455 oder um 71,7 Proz. Im Jahre 1909 gewährten von 8254 Gemeindekrankenversicherungen nur 11 (elf!) oder 0,1 Proz. ein über die Hälfte des Lohnes (bei diesen noch dazu des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter) hinausgehendes Krankengeld. Bei den 4775 Ortskrankenkassen waren dies indes 796 oder 16,7 Proz.

Die verhältnismäßige Zahl der Erkrankungsfälle ist bei den Betriebskrankenkassen eine größere; das ist auf die häufigeren Unfälle und die mit dem Großbetriebe verbundenen erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter zurückzuführen. Die durchschnittliche Dauer der Unterstützung mit Krankengeld ist aber bei den Ortskrankenkassen ständig länger gewesen, und zwar am längsten unter allen Kassenarten. Sie betrug im Jahre 1909 bei den Betriebskrankenkassen 19,1, bei den Ortskrankenkassen aber 21,3 Tage.

Die Ausgaben für Schwangere und Wöchnerinnen sind bei den Ortskrankenkassen von 2 936 499 Mk. im Jahre 1905 auf 4 187 322 Mk. im Jahre 1909 oder um 42,6 Proz., bei den Betriebskrankenkassen indes nur von 1 562 126 Mk. auf 1 848 956 Mk. oder um 18,4 Proz. gestiegen. Für diese Unterstützung gewährten 1909 pro Mitglied: die Ortskrankenkassen 64 Pf., Betriebskrankenkassen 59 Pf., Zünftungskrankenkassen 14 Pf. und Gemeindekrankenversicherung gar nichts. Auch hier stehen die Ortskrankenkassen oben an, namentlich, da sie vielfach statutarisch die Schwangerenfürsorge eingeführt haben, worüber aber auch die Statistik keine Auskunft gibt.

In Fürsorgeleistungen für Genesende nach Beendigung der Krankenunterstützung — auch eine Mehrleistung — wendeten 1909 die Ortskrankenkassen 156 837 Mk., die Betriebskrankenkassen aber nur 45 931 Mk. auf.

Sichtlich der wichtigsten Mehrleistung, der unentgeltlichen Gewährung ärztlicher Behandlung und Heilmittel an die Familienangehörigen der Kassenmitglieder läßt uns die Statistik gänzlich im Stich. Sie sagt nicht, von wieviel Kassen diese Fürsorge eingeführt ist, sondern gibt nur an, wieviel Kassen hierfür Zusatzbeiträge nach § 6a Abs. 1 Ziffer 5 des Krankenversicherungsgesetzes erheben. Das läßt aber nur einen unzulänglichen Rückschluß auf die Zahl der Kassen, welche die Mehrleistung gewähren, zu. Die Ortskrankenkassen, welche in sehr großer Zahl die Fürsorge eingeführt haben, gewähren sie meist allgemein, also ohne Erhebung von Ertragsbeiträgen. Am jämmerlichsten stehen auch hier wieder die Gemeindekrankenversicherungen da. Sie haben 1909 nur 10 605 solcher Beiträge erhoben. Damit ist aber auch die ganze Familienunterstützung dieser Versicherungen erschöpft; denn nach § 9 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes muß diese Kassenart für solche Unterstützungen Zusatzbeiträge erheben.

Die Zahlen zeigen, daß die Arbeiter ihren Aufgaben und Pflichten innerhalb der Kassenverwaltungen vollkommen gerecht geworden sind. Würde für die Betriebsunternehmer nicht die Möglichkeit bestehen, ohne weiteres aus einer Ortskrankenkasse auszutreten (wenn ihm dort die Beiträge zu hoch erscheinen) und eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, so würde noch manche Ortskrankenkasse in der Lage gewesen sein, ihre Leistungen zu erhöhen. Sollte bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wirklich nur das Interesse der Versicherten maßgebend sein, so müßte das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter nicht nur aufrechterhalten, sondern erweitert werden.

Die Gesellschaft für Sozialreform hält ihre Generalversammlung vom 12. bis 13. Mai d. J. in Berlin ab. Die gesamte Tagung wird das Thema „Die gewerblichen Kohnarbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren“ behandeln. Bei dem großen Interesse, das der jugendlichen Frage von allen Seiten entgegengebracht wird, dürfen die Verhandlungen besondere Beachtung verdienen. Das Hauptthema wird neugierig in verschiedene Unterabteilungen; als Berichterstatter sind nach der Tagespresse hervorragende Sachkenner gewonnen. Am Freitag, den 12. Mai, 9 1/2 Uhr, beginnen die Verhandlungen mit einem Vortrag von Obermedizinalrat Dr. v. Guiber, München, über: Be-

rufschuß der jugendlichen Arbeiter; am Sonnabend sprechen Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Euno-Sagen über: die Fortbildungsschule, und Walter Clasen, Leiter des Volksheims in Hamburg, über: Jugendpflege.

Meidet den Fusel! Es sieht immer noch trübe aus am Schnapsstimmeln. Wenn auch der Alkoholverbrauch zu Trinzwecken dieses Jahr etwas härter ist als im Vorjahre, darüber täuschen sich die eingeweihten Kreise nicht mehr, die früheren Höhen wird er nicht wieder erreichen. Sie im vergangenen Jahre noch nachwirkende Vorverjüngung ist jetzt ausgeglichen, die erste Hälfte des statistischen Spiritusjahres 1910/11 geht durchaus die normalen Verhältnisse. Und wir Arbeiter können leblich zufrieden damit sein, soweit unsere Wünsche nicht noch weiter gehen und die völlige Vernichtung der Schnapsliebhabere herbeiführen.

Für die erste Hälfte des Jahres 1910/11, also Oktober bis mit März, stellt sich die Produktion, der Trinbrverbrauch und der gewerbliche Konsum, wie folgt:

Table with 4 columns: Erstes Halbjahr, Erzeugung, Trinbrverbrauch gewerblich, Verbrauch in Gestaltkern. Rows for 1910/11, 1909/10, 1908/09, 1907/08.

Vergleicht man die erste Hälfte des Jahres 1910/11 mit der des Jahres 1907/08 — damals bestand noch keine Störung der Schnapsproduktion — so ergibt sich ein Miedgang in der Produktion von rund 415 000 Hektoliter reinem Alkohol. Gegen das Vorjahr sind es diesmal bis jetzt bald 147 000 Hektoliter weniger an Produktion. Der Trinbrverbrauch hat von 1907/08 bis 1910/11 — die Halbjahre in Vergleich gesetzt — um 212 724 Hektoliter abgenommen! Wird beachtet, daß der fertige Schnaps noch keine 50 Proz. Alkohol enthält, so ergibt sich die stattdige Summe von rund 42 1/2 Millionen Liter Schnaps, die in den sechs Monaten 1910/11 weniger in den Konsum übergingen als in derselben Zeit des Jahres 1907/08. Sicher ein gewaltiger Fortschritt, der nicht zum wenigsten auf die Arbeit der Sozialdemokratie zu setzen ist. Und für die Schnapsintendenz ist es ein gründliches Defizit. Wie wäre es mit einem Orden für alle die, welche im Jahre mindestens einen Hektoliter Schnaps tranken?

Für den denkenden Arbeiter sind die Zahlen wieder ein Ansporn, in der tatkräftigen Boykottierung des Fusels nicht nachzulassen!

Der Schuldenlegen des Deutschen Reichs. Nach dem sechsten dem Reichstage vorgelegten Bericht der Reichsschuldenkommission belief sich der Schuldbetrag des Reiches am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 auf 5 259 500 000 Mk. gegen 4 966 500 000 Mk. am Schlusse des Rechnungsjahres 1908, so daß sich im Rechnungsjahre 1909 der Schuldbestand um 293 Millionen Mark erhöht hat. Die Verzinsung der Reichsschuld hat 157 658 413 Mk. erfordert, das sind 3 653 410 Mk. mehr, als das Soll des Etats beträgt. Die Mehrausgabe ist durch Begebung der Anleihen von 1909 und 1910 und durch die Einlösung von Schuldscheinen früherer Jahre veranlaßt worden. Es sind im letzten Rechnungsjahre neu begeben 500 Millionen Mark vierprozentiger und 160 Millionen Mark dreieinhalbprozentiger Reichsschuldverschreibungen, während 20 Millionen Mark dreieinhalbprozentiger Reichsschuldanweisungen bar eingezahlt sind und der Ausgabebestand von unverzinslichen Reichsschuldanweisungen sich um 347 Millionen Mark verringert hat. Im Rechnungsjahre 1910 sind weitere 25 Millionen Mark vierprozentiger Schuldverschreibungen der Reichsanleihe ausgereicht worden, die erst in der nächsten Uebersicht nachgewiesen werden. Reichsschuldscheine befinden sich im Umlauf für 120 Millionen Mark. Die Kredite, die am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder verzinsliche Schuldanweisungen noch nicht in Anspruch genommen waren, beliefen sich auf 103 588 665. Auf diesen Betrag waren jedoch 100 000 000 Mk. an bereits ausgereichten, Ende März 1910 noch nicht fälligen unverzinslichen Schuldscheinen anzuzurechnen, so daß zu diesem Zeitpunkt nur ein Kredit von 3 588 665 Mk. offen war.

Am Ende dieses Jahres wird der Schuldbetrag des Reichs wahrscheinlich die Summe von sechs Milliarden überschritten haben. Und diese Schuld ist dem Reiche erwachsen seit dem Jahre 1876. Bis dahin war das Reich völlig schuldenfrei. Diesen „Segen“ verdankt das Volk dem Militarismus, dem Marwinismus, der Kolonial- und Weltmachtspolitik. Die verschiedenen „Reichsfinanzreformen“, neue Zölle und Steuern, haben dem Anwachsen des Segens keinen Einhalt getan. Und er wird weiter anwachsen, bis das herrschende System einmal zusammenbricht.

Fleischnot. Nach dem vom Reichsstatistischen Amt veröffentlichten Ausweis über die „Zahl der beschnittenen Schlachttiere“ im letzten Quartal des Jahres 1910 ist gegen das Vorjahr 1909 abermals ein sehr erheblicher Rückgang der Schlachtungen zu verzeichnen. Die Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen wurde, betrug:

	im letzten Vierteljahr 1910	im letzten Vierteljahr 1909
Pferde	48 825	51 509
Ochsen	152 962	166 812
Bullen	99 647	118 028
Kühe	439 530	502 652
Jungvinder	289 087	333 397
Kälber	963 457	1 180 396
Schafe	609 200	721 597
Ziegen	116 353	153 336
Gänse	2 368	2 443

Gegen diese Rückgänge ist nur eine geringe

Steigerung der Schweineschlachtungen von 4 278 294 auf 4 690 891 Stück zu verzeichnen. Damit ist aber die Zahl von 4 845 370 Stück aus dem letzten Vierteljahr 1907 noch nicht einmal erreicht. Trotz dieser geradezu niedererschmetternden Zahlen befreiten natürlich Agrarier und Regierung nach wie vor jede Fleischnot.

Abrechnungen.

Vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 2. Mai bei der Verbandskasse ein: Von Gau 1 200 Mk., Lindenwalde 975 Mk., Rathenow —, Gau 3 100 Mk., Breslau 900 Mk., Magdeburg 1330,92 Mk., Sant-Wilhelmshaven 136,71 Mk., Bremerhaven —, Markt, Flensburg 20 Mk., Gau 8 1200 Mk., Kassel 402,40 Mk., Arnstadt 143,04 Mk., Halle 268,43 Mk., Jena 75 Mk., Gau 10 274,60 Mk., Dortmund 200 Mark, M.-Glabbad 200 Mk., Remscheid 150 Mk.,

Darmstadt 50 Mk., Offenbach 388,30 Mk., Dresden 4855 Mk., Grimma 400 Mk., Plauen 1191,55 Mk., Burzen 566,17 Mk., Seibelberg 219,23 Mk., Mannheim-Ludwigshafen 1000 Mk., Heilbronn 981,88 Mk., Lahr 445,50 Mk., Reutlingen 350 Mk., Stuttgart 5500 Mk., Regensburg 167,02 Mk. und von München 4774,90 Mk. **E. G a u e i s e n.**

Adressenänderungen.

Derthliche Bevollmächtigte.
Konstanz. A. Wächter, Conradigasse 33.
Breslau. W. Wolffmann, Breslau X, Bismarckstraße 4.
Fagen i. W. E. Quefelleit, Nemburgstr. 44a.
Unterstützungs-Auszahler.
Graz (Oesterreich). Arthur Gold, Buchbinderei „Union“, Glaisdorfergasse 6.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hülfsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Altenburg.
Das Vorstandsmitglied unserer Verwaltungsstelle, der Buchbinder **Alfred Krause** ging am 28. April ohne Kranksein mit Tod ab. Er war uns ein lieber Kollege, der stets die Interessen unserer Krankenkasse vertrat. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle München.
Am Dienstag, den 25. April, verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, die Kartonnagenarbeiterin **Frl. Anna Ronneberg.** Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Straßburg.
Am 28. April verstarb nach langem Leiden unser wert. Mitglied, **Frau Marie Bohnert** im Alter von 25 Jahren. Ehre ihrem Andenken. **Die Ortsverwaltung.**

Voranzeige.
Zahlstelle Berlin.
Album-, Mappen- u. Galanteriebranche.
Donnerstag, den 11. Mai 1911
in Graumanns Festsälen, Rauhnsstraße 27:
Grosse Branchenversammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Davidsohn über „Deutscher Humor“.
2. Mitteilungen über die Vorgänge in unserer Branche.
3. Verschiedenes.
Die Branchenleitung
i. V.: V. Bruck.

Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Am 24. April 1911 starb nach langem Leiden unsere Kollegin **Frau Johanna Steinebach.** Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. **Die Ortsverwaltung.**

Unserem bewährten Kollegen **Josef Eff** bei seinem Scheiden aus unserer Mitte sowie Abreise nach Süd-Amerika ein herzliches Lebewohl und ferneres Wohlergehen. Die organisierten Kollegen der Firma **Ebler & Krieger, Hannover.**

Zahlstelle Altenburg.
Am 28. April verschied plötzlich und unerwartet unser Vorstandsmitglied, der Buchbinder **Alfred Krause.** Für den Verband war er immer tätig, wir werden ihn im guten Andenken behalten. **Die Zahlstellen-Verwaltung.**

Unserer werten Kollegin **Marie Därelieg** zu ihrer Vermählung mit Herrn **Josef Burdardt** die besten Glückwünsche. **Zahlstelle Straßburg.**

Unlieb verspätet.
Unsern lieben Kollegen und Vorstandsmitgliedern **Otto Schabronath** und **Karl Dreesen** sowie unserem lieben Kollegen **Vertmann** zu ihrer Abreise ein herzliches Lebewohl. **Zahlstelle Offen.**
Um die Adresse des Buchbinders **Karl Schuch**, früher in Stuttgart, bittet **Ernst Säbe**, Stuttgart, Eberhardstr. 23.

Sichere Existenz.
Buchbinderei, einige 40 Jahre alt, in Berlin, mit 1a und sehr alter Kundenschaft, frantzeitshalber möglichst sofort, äußerst preiswert zu verkaufen. Offerten unter **M. R., Postamt SW. 48.**
Die Gold- und Silberschmelzerei, Scheide- und Geckrätz-Anstalt
M. Broh
Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,
Fernsprecher: Amt IV, 6958,
kauft Kehrgold, Stauhgold, Goldschmiere, Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände. Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahleinrichtungen. — Streng reelle Bedienung. Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland. Gegründet im Jahre 1896.

OTH. WINCKLER

Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitmangel leidet,
dem seien nachstehende Mitteilungen zur Beachtung empfohlen:
„Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichsüchtigen Tochter und an einer kränklichen schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Ramscheider Stahlbrunnen geworden.“ — Ich bin 1 1/2 Jahr sehr krank gewesen. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. **Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.** — „Ich hatte fürchterliches Reizen in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte und große nervöse Magen- und Darmbeschwerden. Mißstimmung und Verdrüsslichkeit brachten mich so weit, daß ich die Lust am Leben verlor. Nach Verbrauch dieses köstlichen Ramscheider Stahlbrunnens ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gehe gestärkt, mache leichte Gartenarbeit und schlafe ausgezeichnet. Bitte nehmen Sie Notiz in unbeschränktem Maße zum Wohle der Leidenden Menschheit.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und Wegzug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O. 123.

Für jeden Berufsgenossen von hohem Wert ist die **Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer** ::
Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto
Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto
Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Ueberblick über die Geschichte der Organisation in unserem Berufe bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.
Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Aeußere jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.